Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg. vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 30 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 49 | Danzig, Sonnabend den 8. Dezember 1917 | 8. Jahrgang

Dem Frieden entgegen!

Die ersten Zusammenkünfte

Nach den 1200 Tagesberichten vom Kriege, welche die oberste Heeresleitung bisher ausgegeben hat, ist nunmehr ihr erster Friedensbericht erschienen. Er meldet, daß die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland am 26. November begonnen haben und am 2. Dezember nachmittags weitergeführt worden sind.

Erhebliche Teile des russischen Heeres haben inzwischen nicht warten wollen, bis die offiziellen Waffenstillstandsverhandlungen begannen, und haben auf eigene Faust mit den deutschen Truppenbefehlshabern Waffenruhe vereinbart.

Die Friedensverhandlungen beginnen! Wird das ein Jubel sein! Jubel in den Schützengräben, wo Millionen Männer seit vierzig Monaten den Tag ersehnen, der sie ihren Frauen und Kindern, ihrer Heimat und ihrer Arbeit wiedergeben wird! Bewegte Freude in allen Häusern, wo sich seit vierzig Monaten die Frau um den Gatten, die Kinder um den Vater, die Eltern um den Sohn ängstigen! Glückseligkeit in den Gefangenenlagern, wo Hunderttausende in Sehnsucht vergehen nach der fernen, fernen Heimat! Freude überall, wo gequälte Menschen endlich, endlich den Tag kommen sehen, der sie befreien soll von Leiden und Entbehrungen, wie die Welt noch keine gesehen!

Der erste Schritt ist der schwerste. Die Friedenssehnsucht ist in allen Ländern unendlich groß, der Friedenswille in Deutschland wie in Oesterreich, in Rußland wie in Italien längst eine politische Macht. Trotzdem haben die Völker lang, unendlich lang vergebens den Weg zum Frieden gesucht. Jetzt endlich ist der erste Schritt getan: die russische Regierung hat alle kriegführenden Mächte zu Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden eingeladen und die Regierungen der Mittelmächte haben diese Einladung angenommen. Es ist nur der erste Schritt, der getan ist; zwischen dem Beginn und dem Ende der Verhandlungen werden sich noch gewaltige Hindernisse auftürmen. Aber das Schwerste ist vorüber. Der Weg, der zum Frieden führt, ist endlich betreten.

Die feindlichen Feldherren haben den Frieden mit Waffengewalt zu erzwingen versucht. Vergebens! Auf jeder neuen Linie nahm man den Widerstand von neuem auf. Die Staatsmänner wollten ganze Völker durch den Hunger zum Frieden zwingen. Vergebens! Man hungerte, aber man gab nicht nach. Kaiser und Könige, Diplomaten und Minister hofften, den Frieden durch Reden und Botschaften erreichen zu können. Vergebens! Der Feind hörte ihre Worte nicht. Der Papst selbst mahnte im Namen des Christentums zum Frieden. Vergebens! Die christlichen Geistlichen segneten noch in allen Ländern die Waffen. Da griffen mit starker Hand die Proletarier Rußlands in das Geschick der Welt ein. Ihr Zorn fegte eine Regierung hinweg, die den Frieden zu bringen nicht fähig oder nicht willens war. Ihr Wille setzte eine Regierung aus ihrer Mitte ein, die den Frieden bringen soll. Und mit einem Mal war möglich, was so lange unmöglich erschienen war. Was der Papst und die Fürsten, die Feldherren und die Diplomaten nicht vermocht, das hatte proletarische Kraft, proletarischer Mut vollbracht.

Die russische Regierung, die die Verhandlungen führen wird, besteht aus internationalen Sozialdemokraten. Sie wird gewiß auch darauf bedacht sein, daß durch die Friedensbedingungen die Grundsätze der Demokratie nirgends in der Welt verletzt werden. Wollen wir mit Lenin und Trotzky Frieden schließen, so müssen die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs bereit sein, die Lebensinteressen Rußlands unversehrt zu lassen, sie müssen sich auch bereit zeigen, die Streitfragen im Westen und Südosten Europas in einem Sinne zu lösen, der keinem jener großen Grundsätze widerstreitet, die die russische Demokratie heilig hält. Beweisen die Regierungen der Mittelmächte ihre Bereitschaft zu einem demokratischen Frieden, der keinem Volke seine Freiheit nimmt und keines Volkes Interessen gefährdet, dann werden wir uns mit Rußland unschwer verständigen; und zugleich werden wir damit auch dem Frieden mit den anderen Völkern den Weg bahnen.

Denn die Fortsetzung des Krieges wird für England und Amerika zwecklos, für Italien und Frankreich gefährlich, wenn sich Rußland zum Frieden entschließt. Und wenn wir zugleich zeigen, daß wir nicht nur mit Rußland, sondern auch mit unseren großen und unseren kleinen Nachbarn im Westen und im Süden uns ehrlich verständigen, daß wir nirgends fremde Rechte verletzen, nirgends fremdes Gut uns aneignen wollen, dann wird die Friedensbewegung auch in England, Frankreich, Italien sehr bald unwiderstehlich werden. Dann wird der mutige Entschluß der russischen Arbeiterregierung wirklich dazu führen, wozu er führen soll: zur Beendigung des Krieges auf der ganzen Erde, zum allgemeinen Frieden!

Die andern Fronten

Die ersten Anzeichen einer veränderten Stellungnahme der anderen Nationen beginnen sich zu zeigen. Nicht nur Bulgarien, das ja auf Seiten der Mittelmächte steht, tritt in Verhandlungen mit Rußland ein, auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika lenken ein, nehmen die Verhandlungen mit Rußland auf und scheinen sich als Vermittler zwischen Rußland und den Westmächten etablieren zu wollen. Ihr Vertreter General Johnson hat schon gefragt, ob Rußland nicht gemeinsam mit seinen Verbündeten Frieden schließen wolle. Welche Frage! Frieden schließen ja, Krieg führen aber nein. Trotzki hat den Diplomaten der Feinde aber auch mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, auf allen Fronten über einen demokratischen Frieden zu verhandeln. Er fragte sie zunächst, ob sie an den Verhandlungen, die Sonntag beginnen, teilzunehmen wünschten. Dazu ist es allerdings nicht mehr gekommen, das ging den Diplomaten alter Schule doch etwas zu schnell. Aber verdächtig regt sich's auch drüben. Das Organ Clemenceaus kündigt an, daß die Pariser Konferenz die Friedensbedingungen der Entente in einer scharf umrissenen Erklärung festlegen würde. Die Pariser Konferenz konnte, wie es heißt, über keinen der Vorschläge für eine künftige gemeinschaftliche Oberleitung aller Streitkräfte schlüssig werden. Wenn die Festlegung der Friedensbedingungen gleich Rückkehr zur Vernunft ist, können die Herrschaften im Westen gleich mitmachen.

Trotzki und die russische Regierung sind jedenfalls dabei, mit festem Schritt auf dem betretenen Wege fortzufahren. Er hat der englischen Regierung mitgeteilt, daß Tschitscherin zum russischen Botschafter in England ernannt worden sei. Tschitscherin ist einer der beiden Russen, die wegen ihrer politischen Gesinnung in England interniert wurden (!) und deren Internierung Trotzki Anlaß zu seinem Erlaß gab, der den in Rußland ansässigen Engländern verbietet, Rußland zu verlassen. So setzt Trotzki dem „befreundeten" England Daumschrauben an. Die Entente möchte seine Machtvollkommenheit immer noch in Zweifel ziehen und arbeitet mit Aufrufen der „provisorischen Regierung" von ehemals, der Regierung von Miljukow, Rodzianko, Kerenski. Aber vergebens. Die gewählte russische Volksvertretung tritt noch im Dezember zusammen. Ihr erster Beratungsgegenstand ist die Zustimmung zu dem Friedensantrag der gegenwärtigen Regierung. Die bisherigen Wahlergebnisse sichern eine Zweidrittel-Mehrheit für den sofortigen Friedensschluß mit den Feinden. Und die Tatsache, daß es der Bolschewiki-Regierung gelungen ist, die Waffenruhe zur Tat werden zu lassen, muß ihren Einfluß ungeheuer stärken und festigen.

*

Berlin, 6. Dezember. Amtlich. Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von zehn Tagen für sämtliche gemeinsame Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember 12 Uhr mittags festgesetzt. Die zehntägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen für den Waffenstillstand zuende zu führen. Zwecks mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionssitzungen dauern fort.

(W. T. B.)

*

Männer an der Newa ...

Männer an der Newa, über die Wälle der Gräber hinweg,
Ueber die Mauer der getöteten und lebendigen Leiber hinweg grüßen wir euch!
Von den Wiegen der Menschheit her, von Osten her flutet das Licht;
lang, ach so grausam lang ist der Weg über die Steppen,
aber bald glänzen die Städte, die zwiespältigen Herzen der Welt.
Wir hören eure Balalajken, die schluchzenden Gesänge der Versöhnung:
Brüder, Allbrüder auf Erden!
Heimstätten wollen wir bauen und Tempel dem heiligen Leben,
Feste, Kongresse gilt es zu rüsten der Freiheit und Demokratie!
Recht ist zu sprechen auf Treu und Handschlag und lachen wollen wir,
lachen wie die Kinder, die ein grausiger Spuk nur gescheucht. ..
Wölfe der Freiheit, der Revolution! Krieg, die Hyäne, zu Tode gehetzt!

Artur Zickler.

Der Wahlrechtskampf hat begonnen

Im preußischen Abgeordnetenhause begann am Mittwoch die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage unter starkem Andrang des Publikums und bei fast vollbesetztem Hause. Die Beratung wurde eingeleitet durch eine kurze, aber entschlossene Rede des Ministerpräsidenten Grafen Hertling, worin er die Erklärung abgab, daß er aus voller Ueberzeugung bereit sei, das wiederholt und feierlich gegebene Wort des Königs einzulösen. Er wies darauf hin, daß die Vorlage einen entscheidenden Wendepunkt in der inneren Entwicklung Preußens bedeutet und daß er sich vollkommen darüber klar sei, daß dieser Wendepunkt in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken auslösen werde. Aber eine wahrhaft staatserhaltende Politik habe sich nicht auf die Erhaltung des Bestehenden zu beschränken, sondern müsse mutig und entschlossen die Hand an Neuerungen legen.

Die Konservativen und der größte Teil des Zentrums hörte dieser von lebhaftem Beifall auf der linken Seite des Hauses begleiteten Rede des Ministerpräsidenten stillschweigend zu. Ebenso eisiges Schweigen begegnete den Worten des Ministers des Innern, der äußerst energisch sich nicht nur auf den Boden der Vorlage stellte, sondern auch gleich bei der ersten Lesung die Einführung eines Pluralwahlrechts, wie es von verschiedenen Seiten gefordert wurde, als ebenso unannehmbar bezeichnete, wie etwa ein berufsständisches Wahlrecht. Es dürfte wohl noch niemals einen Minister des Innern in Preußen gegeben haben, der mit solcher Entschiedenheit den Konservativen entgegengetreten ist. Nach seiner Rede gibt es für die Regierung kein Zurück mehr; es bleibt ihr im Falle der Ablehnung der Vorlage, besonders im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts nichts anderes übrig, als von anderen Mitteln Gebrauch zu machen. Das scheint auch die Ansicht des Ministers Drews zu sein; denn er erklärte ausdrücklich die Regierung werde alle verfassungsmäßigen Mittel benutzen, um dafür zu sorgen, daß die Vorlage Gesetz wird. Welche Mittel er darunter versteht, darüber ließ er sich nicht näher aus. — Nachdem dann der Finanzminister die staatsrechtlichen Aenderungen der Gesetzentwürfe begründet hatte, kam zunächst der Führer der Konservativen, Abg. v. Heydebrand zu Wort, dessen Ausführungen beweisen, welche Erbitterung in den Kreisen der Konservativen über die beabsichtigte Wahlrechtsreform herrscht. Heydebrand beschäftigte sich nicht darauf, an der Regierungsvorlage Kritik zu üben, sondern er zog alle Fragen der inneren und sogar der äußeren Politik in den Bereich seiner Betrachtungen, er malte das Gespenst des Parlamentarismus und den Untergang Preußens an die Wand, polemisierte scharf gegen den Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der, erst nachdem er sich auf das Programm der Mehrheitsparteien verpflichtete, seine Arbeit übernommen habe; er hielt es sogar für geboten, in dem Augenblick, in welchem die Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Osten im vollen Gange sind, für seine Annexionspläne im Westen und Osten Propaganda zu machen.

Der Ministerpräsident antwortete sehr geschickt; es gelang ihm, die Darstellungen Heydebrands über die Vorgänge bei seiner Ernennung mit wenigen Worten abzutun und die wirklichen Vorgänge richtig zu stellen.

Dem Abgeordneten Heydebrand trat Dr. Pachnicke entgegen, der sich unumwunden für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aussprach. Bemerkenswert ist, daß Dr. Pachnicke vorschlug, um die Vorlage möglichst schnell zu erledigen, sie nicht mit allzu vielen Anträgen zu bepacken und aus diesem Grunde im gegenwärtigen Moment auf das Frauenwahlrecht zu verzichten. — Dr. Porsch vom Zentrum erklärte, daß seine Freunde von jeher für das geheime und direkte Wahlrecht gewesen seien. Ueber die Frage des gleichen Wahlrechts beständen unter ihnen Meinungsver-

schiedenheiten; ein Teil seiner Freunde wäre dafür, ein anderer werde seine endgültige Stellungnahme vom Ergebnis der Kommissionsverhandlungen abhängig machen.

Am Donnerstag sprach als erster Redner Dr. Lohmann von den Nationalliberalen. Welche Stellung seine Partei zu der Wahlrechtsfrage einnehmen wird, konnte er angeblich noch nicht sagen. Im selben Atemzuge erklärte er aber unter dem Beifall seiner politischen Freunde, daß die Mehrheit seiner Partei sehr schwere Bedenken gegen die Vorlage der Regierung habe und nicht wolle, daß die Gebildeten und Besitzenden von den Massen einfach unterdrückt werden. Die große Masse lasse sich von Schlagworten der Agitation blenden und habe nicht die notwendigen Kenntnisse der politischen Verhältnisse. Dr. Lohmann stellte Anträge auf Einführung des Proportional-Wahlsystems und der Wahlpflicht in Aussicht und wünschte, daß die Vorlage nur an eine Kommission kommen solle. Nach den Ausführungen der Redner der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen wird die Einführung des gleichen Wahlrechts noch schwere Kämpfe kosten. Die Regierung ließ zwar erklären, daß sie alle verfassungsmäßigen Mittel zur Anwendung bringen wolle, um die Vorlage durchzubringen. Welche Mittel gemeint sind, wurde leider nicht gesagt. Jedenfalls hat das preußische Proletariat alle Ursache, den parlamentarischen Kampf um das gleiche Wahlrecht genau zu verfolgen und sich für die letzte Entscheidung gut vorzubereiten.

Die preußische Wahlreform und die Sozialdemokratie im Spiegel des Auslandes

Die „Wiener Arbeiterzeitung", die bisher die Unabhängigen entschuldigte und die Politik der Mehrheit bekrittelte, schreibt zur preußischen Wahlreform-Vorlage:

„Wir sehen einen gewaltigen politischen Fortschritt sich vollziehen, an dem die Politik der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie ihren sicheren Anteil und ihr unleugbares Verdienst hat."

Die „Arbeiterzeitung" weiß wohl, warum sie den Fortschritt in Preußen rühmt, und spricht es auch offen aus: weil sie von der Demokratisierung des Kernstaates Mitteleuropas mit Recht eine günstige Wirkung auf die eigene Bewegung erhofft. Weniger gescheit ist die „Leipziger Volkszeitung", die über die berechtigte Kritik den großen Fortschritt nicht sehen will, weil er ein Ehrenzeugnis für die Mehrheit ist, deren innerpolitischer Kampf in der Wahlreform mit einem deutlichen, wenn auch noch nicht abgeschlossenen Siege geendet hat. Dieses Verhalten ist um so törichter, als in Sachsen sehr wohl ein demokratisches Vorbild — und seien seine Vorzüge auch nur relativ — gebraucht werden könnte.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß

unsere politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht im geringsten beeinträchtigt,

vielmehr nach jeder Richtung durchaus sicher ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Meine Partei hat alle Zeit den Standpunkt eingenommen, daß der Parteikampf nicht Selbstzweck ist. Zweck kann nur das politische Ziel sein. Wenn von anderen Parteien oder der Regierung etwas geschieht, was wir für einen Fortschritt halten, dann haben wir sie stets darin unterstützt. In einem solchen Falle wären wir sogar bereit mit den Herren Konservativen zu gehen. (Lachen rechts.) Freilich wird dieser Fall nach menschlichem Ermessen niemals eintreten, weil die Herren offenbar nicht anders können, als — ich will mich vorsichtig ausdrücken — nicht gerade geräuschlos hinter dem Wagen der Entwicklung einherzulaufen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die neue Regierung betrachten wir als Fortschritt, vorausgesetzt, daß sie ihr Programm hält. — Wir betrachten als Fortschritt schon die Art, wie die neue Regierung zustande gekommen ist. Weil dieser Fortschritt unsere Mitwirkung erforderte, deshalb haben wir fleißig mitgearbeitet. Wir wollen aber auch dazu helfen, daß dieser Fortschritt befestigt und weiter entwickelt wird. Wenn nicht gerade ein Wunder geschieht, dann wird wohl Herr Dr. Michaelis der letzte Reichskanzler gewesen sein, der als Ernannter geradenwegs in dieses Haus hineinkommen konnte, ohne sich vor der Annahme seines Amtes auch vergewissert zu haben, daß er hier eine Mehrheit finden werde, auf die er sich stützen konnte. (Hört! Hört! rechts.) Der erste Ratgeber des Staatsoberhaupts muß eine Politik treiben, die von der Volksvertretung verstanden wird — sonst hat er seinen Beruf verfehlt, denn eine Politik, die von der Volksvertretung nicht verstanden wird, wird auch vom Volke nicht verstanden. Das ist die demokratische Errungenschaft des letzten Regierungswechsels, die wir nicht vergrößern, aber auch nicht verkleinern wollen, schon deshalb nicht verkleinern wollen, weil wir sie sonst aus Achtlosigkeit wieder verlieren könnten. Und so sagen wir: Auf dieser einmal betretenen Bahn gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß da noch viel zu tun ist, wurde uns durch die Ausführungen des Herrn Präsidenten heute ausdrücklich zu Gemüte geführt. Wir haben den Herrn Kollegen Payer für die Regierung gewonnen, aber den Vizekanzler von Payer für den Reichstag verloren, weil er nach unseren Verfassungsbestimmungen nicht gleichzeitig Mitglied des Reichstags und des Bundesrats sein kann. Das ist in diesem ganz besonderen Fall außerordentlich bedauerlich; es ist im allgemeinen aber auch zweifellos ein ganz unhaltbarer Zustand, der übrigens nicht einmal in Preußen möglich ist. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Daß die neue Regierung

die erste in der Hauptsache parlamentarische Regierung

ist, war für uns ein Grund, ihr Zustandekommen mit zu fördern. Es wäre aber sehr unkonsequent, wenn wir sagen würden: diese Regierung unterstützen wir, mit ihr gehen wir durch Dick und Dünn, weil sie in der Hauptsache eine parlamentarische Regierung ist. Gerade im Wesen des parlamentarischen Systems liegt es, daß eine Regierung in erster Linie von den Parteien unterstützt wird, aus denen sie gebildet ist, und erst in zweiter Linie vielleicht auch von solchen Parteien, die an dem Fortbestand einer solchen Regierung ein sachliches Interesse haben, weil das Regierungsprogramm bis zu einem gewissen Grade mit ihren eigenen Wünschen und Auffassungen übereinstimmt. Man kann nun Opposition um jeden Preis machen, und da wird es nicht schwer sein, Punkte zu finden, bei denen man einhaken kann, Punkte, in denen man der Regierung nicht zustimmt, oder in denen sie einem nicht weit genug geht. Das zu tun ist nicht unsere Absicht. (Bravo!) Sollten sich aber Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbarer Art herausstellen, würde die Regierung etwas tun, was nach unserer Ueberzeugung mit dem Volkswohl unvereinbar ist, oder aber würde sie etwas zu tun unterlassen, was nach dem Stande der Dinge uns in diesem Augenblick unerläßlich notwendig erscheint, dann werden wir sie natürlich entschieden bekämpfen müssen.

In London hat vor einigen Tagen Lord Bacmaster eine scharfsinnige Rede gehalten, in der er sagt: „ein jedes Land hat sein Alldeutschen". Das war eine ausgezeichnete Bemerkung. Leider hat Lord Bacmaster vergessen, einen Unterschied zu erwähnen, nämlich diesen: in Deutschland sind die Alldeutschen längst unten durch, während sie in England und Frankreich immer noch oben auf sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Woher kommt das? Die Alldeutschen wissen sehr gut, wem sie ihre Niederlage verdanken. Sie sprechen deshalb auch in zeitweilig recht komisch anmutender Uebertreibung von einer sozialistischen Herrschaft in Deutschland. Sie bilden sich ein, wir hätten durch taktische Schliche und Pfiffe, durch Erpressungen, wie sie es nennen, ihren Einfluß gebrochen. Ach nein, dieser Erfolg wäre nicht erreicht worden gegen so starke Widerstände, die sie alle kennen, wenn nicht in den großen Fragen der Kriegspolitik **das ganze deutsche Volk, von einem kleinen lärmenden Haufen abgesehen, auf unserer Seite stände.** (Sehr wahr! bei den Soz. — Zurufe rechts: Abwarten!) Der kommende Friede muß aber, wenn auch in der Form von Regierung zu Regierung, in der Sache doch geschlossen werden von Volk zu Volk. Das deutsche Volk kämpft nicht für polnische Königskronen und kurländische Herzogshüte, nicht für imperialistische Machterweiterungen; wie die fremden Länder, wie Belgien, wie Kurland, Polen, Litauen usw., ihre Zukunft gestalten wollen, das ist ihre eigene Sache, nicht die unsere. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist gut, daß der Reichskanzler, als er von dem Waffenstillstandsangebot, das aus Rußland zu uns gekommen ist, sprach, in außerordentlich klarer Weise das

Selbstbestimmungsrecht der Völker

betont hat. Dafür sind wir ihm dankbar. Es wird das wahrscheinlich bei den Schwerindustriellen und sonstigen heimkriegerischen Eroberungspolitikern in Deutschland unangenehm empfunden werden, um so angenehmer aber bei der großen Mehrheit unseres Volkes und um so angenehmer jenseits der Grenzen. Das deutsche Volk will keinem Volke die Freiheit verkürzen oder seine Lebensnotwendigkeiten abschneiden. Es will nichts als seine Selbsterhaltung und einen dauernden Frieden. Daß Deutschland im wahren Sinne des Wortes einen Kampf um seine Existenz zu führen hatte, ist jetzt noch klarer als je zuvor aller Welt gezeigt worden. Die russische Revolution hat die Geheimdokumente der Geheimdiplomaten aus den Archiven gerissen und auf den Tisch der Oeffentlichkeit geworfen. Sie hat den Völkern die geheimen Drähte gezeigt, an denen sie erbarmungslos in den Tod geschleift worden sind und sie hat für ihren Teil diese Drähte zerschnitten. **Sie hat zugleich aber auch gezeigt, daß wir nichts anderes tun konnten als dafür zu kämpfen, daß das, was deutsch ist, auch deutsch bleibt.** Klar ist die Situation jetzt für alle Welt. Eine vielfache Uebermacht stand gegen uns und das waren ihre Pläne: Frankreich und England bestimmen die Grenzen Deutschlands im Westen. S. M. der Zar bestimmt die Grenzen Deutschlands im Osten. Jeder schneidet sich aus dem lebendigen Leibe des deutschen Volkes ein Stück so groß, wie es ihm beliebt. Wir alle empfinden die Niederträchtigkeit solcher Pläne, wir alle aber sollten auch immer eingedenk sein des Sprichworts **Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Die deutsche Arbeiterklasse begrüßt leidenschaftlich den

großen Schritt zum Frieden,

den die russische Revolution getan hat, und sie ist bereit, **ihn mit allen ihren Kräften zu unterstützen** und die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich ihm noch entgegenstellen könnten. Die deutsche Arbeiterklasse erwartet mit Sehnsucht den Tag, an dem die Arbeiter Englands und Frankreichs gemeinschaftlich mit den russischen und deutschen Arbeitern für den Frieden arbeiten, um das sinnlose Massenmorden durch einen demokratischen Frieden zu beenden. Die Stunde wird um so früher kommen, je klarer sich zeigt, daß das deutsche Volk keine fremde Freiheit bedroht, seine eigene aber im Innern um so kräftiger ausbaut. Darum rufe ich Ihnen zu: **Machen Sie Schluß mit Zensur und Belagerungszustand!** Schaffen Sie Freiheit für die Presse, Freiheit für das gesprochene Wort. In der deutschen Geschichte werden die Namen derer, die dem preußischen Volke auch jetzt noch das gleiche Staatsbürgerrecht vorenthalten wollen, geächtet werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir erwarten von der Regierung, daß sie durch entschlossenes Auftreten das Land vor Gefahr bewahrt. Hier gilt es fest zuzufassen, Herr Reichskanzler. Ihr Kampf wird nicht leicht sein, aber Sie werden alle an Ihrer Seite haben, die sich klar darüber sind, daß unser Volk ohne vollkommene Rechtsgleichheit gar nicht mehr bestehen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Kriegsnachrichten

Zum Vergleich

Trotz rücksichtslosesten Menscheneinsatzes konnten die Engländer in fast vier Monate langen Kämpfen unter Verlust von weit mehr als einer halben Million Mann nur 143 Quadratkilometer strategisch unbedeutenden Geländes erobern, das zum größten Teil aus völlig zertrümmertem Trichterfeld bestand. Damit sind die fortgesetzten schweren Niederlagen, die Marschall Haig trotz vielfacher Ueberlegenheit an Zahl und Material erlitt, bewiesen.

In der gleichen Zeit vom Juli bis Mitte November haben die Verbündeten, unbekümmert um die Riesenanstrengungen der Engländer und Franzosen, erobern können:

in Galizien und der Bukowina 25 850 Quadratkilometer,

bei Riga 2840 Quadratkilometer, bei Jakobstadt 470,

auf Oesel, Dagö, Moon 3890 Quadratkilometer,

in Italien bis zum Piavefluß 12 200 Quadratkilometer,

bei Asago 300 Quadratkilometer.

Im ganzen also die ungeheure Zahl von 45 550 Quadratkilometern.

Deutsche Gegenstöße in Flandern

Nach dem blutigen und völligen Scheitern von 16 großen englischen Flandernschlachten um die deutsche U-Boot-Basis und nach der gewaltigen Niederlage der Ententeeinheitsfront in Italien stellen die britischen Berichte seit 30. November Tag für Tag ihren Anfangserfolg bei Cambrai als den größten Sieg des Krieges an der Westfront fest. Ihre Funksprüche wiederholten täglich die Bedeutung des gewonnenen Höhengeländes bei Bourlon und Fontaine, das unter Einsatz stärkster Infanterie- und Tankmassen sowie zahlreicher Kavallerie in ihre Hand kam. Die hierbei erlittenen Verluste übertrafen die der blutigsten Flandernschlachten. Nachdem bereits am 24. November der Durchbruchsversuch als gescheitert angesehen werden konnte, **haben nunmehr am 30. November deutsche Gegenstöße den Engländern den größten Teil des teuer erkauften Höhengeländes wieder entrissen.** Der sich zähe verteidigende Feind vermochte der deutschen Infanterie, die mit unvergleichlichem Schwung die vom Feinde besetzten Höhen hinanstürmte, nicht standzuhalten. Kräftig unterstützt durch die Artillerie, gelang es in erbitterten Kämpfen, südlich Moeuvres, die alte frühere Stellung wieder zu erreichen und unsere Linie über die Chaussee Arras—Cambrai vorzuschieben. Unter schweren blutigen Verlusten für die Engländer wurden sie auf Graincourt und Cantaing zurückgeworfen. Der Gegenstoß, der von Süden her gegen die feindliche Einbruchsstelle erfolgte, durchstieß die feindlichen Linien und führte zur Besetzung der außerhalb unserer früheren Stellung liegenden Orte Gonnelieu und Villers—Guislain. **Von dort aus wurde bei Vendhuille unsere frühere Linie wieder erreicht. Unter den 4000 Gefangenen befinden sich 140 Offiziere.** Unsere Flieger griffen während der heißen Schlacht wiederholt aus niedriger Höhe in den Erdkampf ein. Gegen Abend versuchte der englische Führer, mit starkem Angriff unter Einsatz von Tanks und Kavallerie gegen Gonnelieu Gelände zu gewinnen. In den dicht geballten feindlichen Sturmkolonnen schlug unser verheerendes Abwehrfeuer und ließ den feindlichen Angriff restlos scheitern. Nach den schweren Kämpfen blieb während der Nacht an den Kampfabschnitten das Artilleriefeuer lebhaft. **Der 30. November ist ein neuer Ehrentag für unsere Westkämpfer,** die jahrlang unerschütterlich und erfolgreich der vielfachen Ueberlegenheit des englischen und französischen Heeres trotzten und jetzt aufs neue bewiesen, daß sie nach wie vor von frischem unwiderstehlichem Angriffsgeist beseelt sind.

In Flandern wurden bei nur teilweise starkem feindlichen Feuer feindliche Patrouillen, die nordöstlich Poelkapelle vorstießen, abgewiesen. Die Zahl der am 29. November östlich Nieuport eingebrachten Gefangenen erhöht sich auf 1 Offizier und 29 Mann.

Nordöstlich Soissons beschoß unsere Artillerie mit Erfolg lohnende Ziele, während unsere Stoßtrupps bei Grotoir-Ferme westlich Septmonts trotz erbitterter Gegenwehr Franzosen aus ihren Gräben zurückbrachten.

Oestlich der Maas nahm bei guter Sicht die Artillerietätigkeit zu und erreichte bei Beaumont erhebliche Stärke. An verschiedenen Stellen wurden Gefangene eingebracht.

In Italien verbluteten sich erneut die Italiener in nutzlosen Angriffen gegen den Monte Vertica.

Krieg der Entente gegen Rußland?

„Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Die Botschafter der Entente notifizierten der gegenwärtigen russischen Regierung durch eine neutrale Gesandtschaft den Beschluß, die politischen, finanziellen und militärischen Beziehungen mit Rußland für die Dauer des gegenwärtigen Regimes zu lösen. Der amerikanische Botschafter habe sich aus formellen Gründen dem Kollektivschritt der drei Ententebotschafter nicht angeschlossen. Zu den mancherlei unbeglaubigten Nachrichten verschiedener Blätter gehört die über die Absendung eines Expeditionskorps gegen Kaledin nach Südrußland, ebenso die Meldung, daß Zar Nikolaus aus Tobolsk entflohen und über Charbin nach Japan entkommen sei.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Geistliche Anerkennung der sozialistischen Friedensarbeit

Der katholische Pfarrer Dr. Heinrich Weertz in Rüdesheim schreibt in Heft 4 der „Sobrietas", des Organs des Priester-Abstinentenbundes, über die sozialistische Friedensbestrebungen:

„Während nun in all der Zeit, auch als die Kriegs- und Friedensziele freigegeben waren, die Katholiken in der Oeffentlichkeit sich ziemlich kühl verhielten gegen die päpstlichen Anregungen, nahmen die Sozialdemokraten in Deutschland mit konsequentem Eifer die Propaganda für einen Verständigungsfrieden, ich wage zu sagen, im Sinne des Papstes, in die Hand. Das taten die Abgeordneten sowohl, als die Zeitungen und Volksredner und es ist ihnen darin eine ziemliche Freiheit gewährt worden. Man hat es so dargestellt, als ob die Sozialdemokraten diese Propaganda lediglich im Parteiinteresse unternommen hätten, um nämlich den Menschen zu zeigen, daß sie die wahren Volksbeglücker seien, und daß darum alle zu ihnen kommen müßten. Ich glaube aber, daß es den sozialdemokratischen Volksvertretern wirklich ernst zu tun ist, um die Beendigung dieses Krieges und der damit verbundenen, für die armen Leute immer unerträglicher werdenden Leiden."

Dr. Weertz wendet sich dann mit großer Schärfe gegen die Kreise im katholischen Lager, die trotz der päpstlichen Wünsche noch immer für den Machtfrieden eintreten. Gewiß verlange der Papst auch in seinem Friedensprogramm von uns Opfer. Wenn wir aber um den Preis eines solchen Verzichts einen dauernden und wahrhaftigen Frieden und nicht nur einen Waffenstillstand erkauften, dann sei der Kaufpreis nicht zu hoch gewesen.

Die Frauen und die Vaterlandspartei

Aus Dresden, wo unlängst Großadmiral z. D. von Tirpitz eine Agitationsrede für die „Deutsche Vaterlandspartei" gehalten hat, wird dem „Berl. Tagebl." von einer Frau ein offener Brief zugesandt. Wir geben daraus folgende Stellen wieder:

„Excellenz! Im Zirkus hörte ich Ihre Rede. Im Zirkus hab ich Hunderte von Frauen Tränen zerdrücken. Frauen, deren Brüder, Männer und Söhne ihr Leben hingeben, zu Krüppeln werden oder sich täglich die Gefahren und Leiden dieses unseligen Krieges ersehnen müssen. Excellenz! Täuschen Sie sich nicht! Es waren wenig Frauen — wenn sie auch den gewaltigen Zirkus bis zum letzten Platz füllen halfen. Die Frauen der Welt wollen den Frieden — die Mütter wollen lebendige Söhne. Dieser Schrei wird die Frauen aller Völker vereinigen in dem mächtigsten Gefühl — in der Mütterlichkeit. Er wird zum Schlachtruf gegen alle Kriegstreiber; er wird in jedem Lande millionenfach ertönen und alle Kanonen überschreien. Die Frauen sind zum selbständigen Denken erwacht: sie werden den Kampf aufnehmen, den Kampf gegen den Krieg . . . Hüten Sie sich, das vornehmste und natürlichste Gefühl der Frau irrezuleiten. Wenn die deutschen Frauen einmütig rufen werden: Wir wollen lieber Blut fließen sehen, als diesen Krieg verständig beenden — dann — ja dann, Exzellenz, ist das Deutschtum zu Boden geschlagen. Und stimmten die englischen, französischen, russischen Frauen ein in denselben Ruf, so wäre das Menschentum besudelt . . . Nein, Exzellenz, ich werde nicht Mitglied Ihres Vereins. Ich will nicht junges, blühendes Leben hingeben, um Land zu gewinnen. Es ist genug Blut geflossen aus dieser tiefsten Weltwunde „Krieg". Dieses, edelstes, kräftigstes Blut, das ein Anrecht hatte, sein Leben der nutzbringenden Arbeit für die Menschheit zu weihen. Es ist genug. . . ."

Jawohl, es ist genug, und darum unerbittlichen Krieg denen, die um Eroberungen willen das furchtbare Morden auch nur um eine Stunde zu verlängern trachten! *

Deutschland

Scheidemann zum russischen Friedens-Angebot

In der Reichstagssitzung vom 29. November führte Genosse **Scheidemann** aus:

Ich will zunächst unserer Freude Ausdruck geben über die Mitteilungen, die uns der Reichskanzler machen konnte über das Friedensangebot seitens der bolschewistischen Regierung in Rußland. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen. Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des Reichskanzlers und des Kollegen Trimborn an, in denen sie unseren Truppen, die draußen unendlich Großes geleistet haben und wahrscheinlich noch weiter leisten müssen, unseren herzlichen Dank aussprechen. (Bravo!) Ich begnüge mich nicht damit, ihnen Dank zu sagen für ihre großen Leistungen, sondern wir fühlen uns auch verpflichtet, ihnen zu versprechen, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um ihre Lage zu erleichtern und um dafür zu sorgen, daß dem Kriege so rasch als möglich ein Ende bereitet werde. (Beifall bei den Soz.)

In den Mitteilungen, die jetzt an der Spitze des Reiches und der preußischen Staatsregierung stehen, haben wir Mitglieder von Parteien, mit denen wir Jahrzehnte, manchmal sehr harte Kämpfe durchgefochten haben, und wir haben uns in einer Zeitung, die näher oder weiter liegen mag, wahrscheinlich wieder solche Kämpfe führen müssen. Das uns von diesen Herren trennt, vergessen wir keinen Augenblick.

8. Jahrgang
Nr. 49

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
8. Dezember 1917

Kriegs-Lohnprobleme

In den deutschen Unternehmerkreisen wird bereits die Frage der Lohnkürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erwogen. Die Vereinigung deuscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eingabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen eindämmen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Zurückhaltung der Lohnkurve behilflich sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt, aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestellt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsnachweise ausgebaut werden.

Gegen eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzuwenden. Nur muß von ihr verlangt werden, daß sie nicht einzelne Arbeitergruppen herausgreift, die infolge ihrer Qualitätsarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben. Sondern daß sie auch die niedriger entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Berücksichtigung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern. Weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen, als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppieren wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eingabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeiterlöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnkürzung zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der eine Vorteil, daß bereits jetzt Klarheit über den Weg geschaffen wird, den zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände künftig wieder zu gehen beabsichtigt. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der Arbeiterschaft ein, wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der rheinisch-westfälischen Großindustrie beeinflußt ist. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampf vorziehen wird. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifvertragsverhältnis mit den Gewerkschaften stehen. Allein, der verbleibende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollsten Kämpfe zu verursachen.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktierte Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebenso wenig maßgebend für die Entlohnung der Gesamtarbeiterschaft im Kriege, wie sie bestimmend sein könnten für die Lohnhöhe nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Kosten für den Lebensunterhalt der Arbeiter werden noch lange nach dem Kriege enorm hoch sein! Weil der Warenmangel, und damit die hohen Preise, noch lange andauern werden, und weil andererseits auch der schlechte Valutastand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Festsetzung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden. Und die Arbeiterschaft wird darüber hinaus selbstverständlich danach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.

Ueber die auf dem deutschen Arbeitsmarkte mögliche Lohnhöhe entscheidet freilich zunächst der Ausgang des Krieges. Die Erkenntnis dieser Tatsache war mit ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften im Kriege. Die Gewerkschaften haben jenen „internationalistischen" Gedankengang entschieden abgelehnt, daß es dem deutschen Arbeiter gleichgültig sein könne, wer im Kriege Sieger bleibt, ob Deutschland oder die zaristische Koalition. Wer das im Verlage der „Internationalen Korrespondenz" erschienene „Gewerkschaftliche Kriegsbuch" aufschlägt, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Niederlaeg Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandard herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zunichte machen müßte. Das zu verhindern, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften nach glücklichem Ausgang des Krieges, den sie mit erstrebt und erkämpft haben, die Früchte nicht dem Unternehmertum allein zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerorganisationen nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unausbleiblich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände täuschen sich sehr, wenn sie ihre Hoffnungen auf die Zersplitterung der Arbeiter setzen. Die Sozialdemokratie ist gespalten, das ist richtig. Und die abgesplitterten Disziplinbrecher versuchen auch, die Zersplitterung in die Gewerkschaften zu tragen. Aber hier werden ihnen die Erfolge ausbleiben. Ist die Zahl der Parteimitglieder, die auf dem Boden der „Unabhängigen" stehen, gering, so ist die Zahl ihrer Anhänger in den Gewerkschaften geradezu verschwindend. Die Gewerkschaften werden mit den Quertreibern, die zu politischen Zwecken die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu umso mehr verpflichtet, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was in Aussicht steht, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht zusammengehalten und kampffähig erhalten bleibt: Lohreduktionen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wären nach der Haltung dieser maßgebenden Arbeitgeberorganisationen die unausbleibliche Folge. Aber weil das in Aussicht steht, werden die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Masse selbst sich die Zersplitterer vom Halse halten. Auf die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Unternehmerlager nicht rechnen, diese ihre Hoffnung ist eine Täuschung.

Die Behauptungen in der Unternehmerpresse, daß die „hohen Löhne" nicht aufrechterhalten werden können, sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge ausbleiben, sind irreführend. Denn erstens sind die „hohen Löhne" nicht typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterschaft. Ueber die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die für Branchen mit geringeren Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter. Es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten, einen vernünftigen Maßstab für die Regelung dieser Frage zu finden, der auch die Arbeiter befriedigen kann. Sodann aber wird die Nachfrage nach Waren aller Art nach dem Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Jahre hinaus mit Aufträgen zu hohen Preisen versehen sein wird — ein gutes Ende des Krieges vorausgesetzt. Der schlechte Valutastand wird der Ausfuhr zunächst förderlich sein, so daß auch die Exportindustrie auf lohnenden Absatz rechnen kann, sobald es ihr gelingt, Rohstoffe heranzuschaffen. Für sie wird auch von Vorteil sein, daß die Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gestiegen sind, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnkonto nicht beeinträchtigt wird.

Es ist aus allen diesen Gründen durchaus unberechtigt, wenn die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits daran gehen, Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeiterlöhne zu ergreifen. Solange der Ausgang des Krieges nicht endgültig feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die deutschen Interessen. Denn es muß in den Reihen der Arbeiter maßlose Erbitterung wecken, wenn sie sehen, daß hervorragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größeren Sorgen haben, als die, wie sie nach Schluß des Krieges die Entlohnung der Arbeiter herunterdrücken können. Dagegen Front zu machen, ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Bevorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands erblicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Möglichkeiten rüsten.

Wilhelm Jansson.

Danziger Nachrichten

Ueber mangelhafte Milchversorgung

erhielten wir von einem unserer Leser ein „Eingesandt", das sich bitter darüber beklagt, daß es an zwei Tagen der letzten Woche keine Milch für Kinder gegeben hat und die Magermilch entzogen worden ist.

Dazu wird uns von von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß es wahrscheinlich nur in einzelnen Geschäften keine Milch gegeben haben wird. Daran trage zum Teil die neue Kundenanmeldung bezw. die Nachlässigkeit solcher Geschäftsinhaber Schuld, die versäumt haben, die Karten rechtzeitig abzuholen. Es bestehe begründete Aussicht, in nächster Zeit wieder die alte Menge Vollmilch und auch Magermilch an den bezugsberechtigten Teil der Bevölkerung abzugeben.

Es wäre sicherlich mit Freuden zu begrüßen, wenn die Milchzufuhren nach Danzig besser werden würden. Aber in dieser Beziehung sind schon soviele Versprechungen gemacht und nicht gehalten worden, daß es schwer ist, auch diesmal daran zu glauben.

Sorgt für ausreichende Kartoffelnahrung

Im landwirtschaflichen Verein Straschin wurde empfohlen, die Kartoffelanbaufläche im kommenden Frühjahr zu vergrößern und reichlich Saatkartoffeln zur Verfügung zu stellen. Es wurde weiter empfohlen, die Kartoffeln bis zum Frühjahr noch **nicht zur Verfütterung** frei zu geben, um einesteils die genügende Menge an Saatkartoffeln sicher zu stellen und andererseits ausreichende Kartoffeln zur menschlichen Ernährung zu besitzen. Wir sind gezwungen, von der Fleischnahrung mehr zur **Pflanzennahrung** überzugehen und da bildet die **Kartoffel** die billigste und nährstoffreichste Nahrung. 100 Gramm Kartoffeln enthalten 20 Gramm Kohlehydrate und 2 Gramm Eiweiß. Die Kartoffel ißt man sich auch nie

Staat und Vaterlandsliebe

(Aus einer Rede J. G. Fichtes an die deutsche Nation.)

Der deutschen „Vaterlandspartei" gewidmet!

Freiheit, auch in den Regungen des äußerlichen Lebens, ist der Boden, in welchem die höhere Bildung keimt; eine Gesetzgebung, welche diese letztere im Auge behält, wird der ersteren einen möglichst ausgebreiteten Kreis lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß ein geringerer Grad der einförmigen Ruhe und Stille erfolge und daß das Regieren ein wenig schwerer und mühsamer werde.

Um dies an einem Beispiel zu erläutern: **man hat erlebt, daß Nationen ins Angesicht gesagt worden, sie bedürfen nicht so viel Freiheit, als manche andere Nation.** Diese Rede kann sogar eine Schonung und Milderung enthalten, indem man eigentlich sagen wollte, sie könnte so viele Freiheit gar nicht ertragen, und nur eine hohe Strenge könne verhindern, daß sie sich nicht untereinander selber aufrieben. Wenn aber die Worte also genommen werden, wie sie gesagt sind, so sind sie wahr unter der Voraussetzung, daß eine solche Nation des ursprünglichen Lebens und des Triebes nach solchem durchaus unfähig sei. . . . Wir können unentschieden lassen, ob man irgendeiner Nation dies mit Wahrheit sagen könne; **so viel ist klar, daß ein ursprüngliches Volk der Freiheit bedarf, daß diese das Unterpfand ist seines Beharrens als ursprünglich und daß es in seiner Fortdauer einen immer höher steigenden Grad derselben ohne alle Gefahr erträgt.** Und dies ist das erste Stück, **in Rücksicht dessen die Vaterlandsliebe den Staat selbst regieren muß.**

Sodann muß sie es sein, die den Staat darin regiert, daß sie ihm selbst einen höheren Zweck setzt denn den gewöhnlichen der Erhaltung des inneren Friedens, des Eigentums, der persönlichen Freiheit, des Lebens und des Wohlseins aller. **Für diesen höheren Zweck allein und in keiner anderen Absicht bringt der Staat eine bewaffnete Macht zusammen. . . . In der Erhaltung der hergebrachten Verfassung, der Gesetze, des bürgerlichen Wohlstandes ist gar kein rechtes, eigentliches Leben und kein ursprünglicher Entschluß.** Umstände und Lage, längst vielleicht verstorbene Gesetzgeber haben diese erschaffen; die folgenden Zeitalter gehen gläubig fort auf der ausgetretenen Bahn und **leben so in der Tat nicht ein eigenes öffentliches Leben, sondern sie wiederholen nur ein ehemaliges Leben.** Es bedarf in solchen Zeiten keiner eigentlichen Regierung. Wenn aber dieser gleichmäßige Fortgang in Gefahr gerät und es nun gilt, über neue, nie also dagewesene Fälle zu entscheiden, dann bedarf es eines Lebens, das aus sich selber lebe.

Welcher Geist nun ist es, der in solchen Fällen sich an das Ruder stellen dürfe, der mit eigener Sicherheit und Gewißheit und ohne unruhiges Hin- und Herschwanken zu entscheiden vermöge, der ein unbezweifeltes Recht habe, in dem, den es treffen mag, ob er nun selbst es wolle oder nicht, gebietend anzumuten und den Widerstrebenden zu zwingen, daß er alles, bis auf sein Leben, in Gefahr setze? **Nicht der Geist der ruhigen bürgerlichen Liebe der Verfassung und der Gesetze, sondern die verzehrende Flamme der höheren Vaterlandsliebe, die die Nation als Hülle des Ewigen umfaßt, für welche der Edle mit Freude sich opfert, und der Unedle, der nur um des ersten willen da ist, sich eben opfern soll.** Nicht jene bürgerliche Liebe der Verfassung ist es; diese vermag dies gar nicht, wenn sie bei Verstande bleibt. . . . .

. . . Aus allem geht hervor, daß der Staat, als bloßes Regiment des im gewöhnlichen friedlichen Gange fortschreitenden menschlichen Lebens, nichts Erstes und für sich selbst Seiendes, **sondern daß er bloß das Mittel ist für den höheren Zweck der ewig gleichmäßig fortgehenden Ausbildung des rein Menschlichen in dieser Nation;** daß es allein das Gesicht und die Liebe dieser ewigen Fortbildung ist, welche immerfort in ruhigen Zeitläuften die höhere Aufsicht über die Staatsverwaltung führen soll und welche, wo die Selbständigkeit des Volkes in Gefahr ist, allein dieselbe zu retten vermag.

Bücher zu Weihnachten

Gute Bücher sind jetzt verhältnismäßig teuer und kaum noch erhältlich. Die Buchhandlung „Volkswacht" hat noch vorteilhaft eingekauft und ist somit in der Lage zum billigen Preise gute Bücher abzugeben. Das beste Weihnachtsgeschenk ist immer ein gutes Buch. Wer also seinen Kindern und sich selbst eine Weihnachtsfreude bereiten will, der bemühe sich zur „Volkswacht", Paradiesgasse 32. Aus der reichen Auswahl findet jetzt jeder was er sucht.

Stadttheater

„Das Haus am Meer" Schauspiel von Stefan Zweig

Ein Drama aus der Zeit der Schande deutscher Fürsten, als diese ihre Landeskinder für schnödes Gold an die Engländer verkauften, damit diese Deutschen für England Krieg führten. In dem Seemannshause des Thomas Krieger, das gleichzeitig eine Schenke ist, haben die Werber in ihrer entmenschten Art einen jungen Seemann angeworben, indem sie ihn sinnlos betrunken machten. Als er am andern Tage sein Unglück sieht und jammernd um Erbarmen fleht, tritt Thomas Krieger, der Besitzer der Schenke, für ihn ein. Er hatte mit seinem jungen Weibe, das er vor kurzem gefreit, nachdem er sie als Magd in sein Haus aufgenommen, sehr glücklich gelebt. Durch die einkehrenden Soldaten jedoch erfährt er, daß Katharina zuvor eine Dirne gewesen ist. Da er diese Schande nicht ertragen kann, geht er an des jungen Seemanns Stelle, der ein geliebtes Weib und zwei Kinder daheim hat, als Soldot nach Amerika. — Nach 20 Jahren kehrt er zurück. Katharina hat wieder geheiratet. Ihr Mann aber ist ein Taugenichts, der ihr das Leben zur Hölle macht und mit seiner jungen schönen Stieftochter (Thomas' Tochter, die nach seiner Abreise geboren wurde) in unerlaubtem Verhältnis lebt. Thomas sieht sich in seinen Hoffnungen schwer getäuscht. Sein ehemaliges Weib verleugnet auch jetzt noch nicht ihre Dirnennatur. Statt eines Sohnes, von dem er zwanzig lange Jahre drüben träumte, findet er eine Tochter, die in allen Stücken ihrer Mutter ähnt. Voll Ekel verläßt er das Haus. Katharinas jetziger Mann soll ihn in einem Boote nach dem Schiffe bringen. Hier geraten sie in Streit und Thomas reißt ihn mit in die Tiefe hinab.

Der Dichter ist ein junger Wiener. Sein Stück ist reich an dramatischen Effekten und lyrischen Stimmungsszenen. Das Ganze aber hinterläßt einen unbefriedigenden Eindruck. Die Aufführung ließ nicht viel zu wünschen übrig. Die Hauptrolle hatte Leo Hubermann, der den Thomas spielte. In seiner Darstellung wies er sowohl als der glückliche Gatte wie auch als enttäuschter Rächer seiner Ehre feindurchdachte, charakteristische Züge auf. Weniger glücklich war Maria Vera als sein Weib. Das Dirnenhafte wirkte nicht natürlich. Auch Frl. Renner als ihre verdorbene Tochter war zu sehr Zierpuppe. Eine prächtige Seemanns-

Ober. Auch zu Gemüse kann reichlich Kartoffel gegeben werden. Selbst bei unserer jetzigen Knappheit an Nahrungsmitteln kann eine vollständig ausreichende Ernährung sichergestellt werden, wenn nur die Nachfrage nach Kartoffeln befriedigt wird.

In der Ernährungsfrage ist es die wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der städtischen Bevölkerung diese Nahrung ausreichend zur Verfügung gestellt wird. Die Kartoffeln sind da. Man gebe sie heraus. 7 Pfund die Woche ist viel zu wenig. Wir gebrauchen im Durchschnitt 14 Pfund. Der Staatssekretär von Waldow sollte sich nicht länger gegen die allseitige Forderung, 10 Pfund Kartoffeln zu liefern, sträuben.

Brennholznot in Danzig.

Obwohl der Magistrat in großer Menge Brennholz für Danzig beschafft hat, herrscht hier an Brennholz zum Feueranmachen Not in Hinsicht auf den Preis und die Anfuhr. Bei den Kohlenhändlern ist das Holz zu teuer. Eine Kiepe klein gemachtes Holz kostet 4 Mark. Der Magistrat sollte Höchstpreise festsetzen und außerdem bestimmen, daß auch ½ Raummeter Holz in ganzen Scheiten, also zu einem billigeren Preise, verkauft wird. Wenn für die Beförderung von ½ Raummeter Holz 15 Mark Fuhrlohn gezahlt werden soll, so ist das doch wahrlich kein gesunder und erträglicher Zustand. Das sind 45 Mark für die Anfuhr von einem Raummeter. Wo soll denn das Geld herkommen, das bei solchen Preisen nötig ist. Da die Anfuhr Schwierigkeiten bereitet, überläßt die Stadt die Anfuhr den einzelnen Verbrauchern, die aber erst recht nicht in der Lage sind, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stadt allein ist in der Lage diese Schwierigkeiten einigermaßen zu überwinden, indem alle Fuhrwerke des Stadtkreises der städtischen Leitung unterstellt werden. Alle Kutschfuhrwerke können für derartige notwendige Fuhren heran beordert werden. Die Insassen derartiger Kutschen können die Straßenbahn benutzen. Die Landwagenanfuhr des städtischen Fuhramtes ist für die Anfuhr von Holzscheite nicht eingerichtet. Das städtische Fuhramt oder der städtische Holzverkauf könnten aber Holzbestellungen mit Anfuhr in bestimmten Mindestmengen annehmen und die Anfuhr straßenweise regeln, so daß vom städtischen Holzlagerplatz nur volle Holzfuhren abgelassen werden, die dann jedem Besteller seinen gekauften Teil ins Haus bringen. Zur Verbilligung der Anfuhr könnten einzelne Waggons Brennholz statt nach Danzig, gleich nach Langfuhr und Neufahrwasser geleitet und von hier aus sofort in die Wohnungen abgefahren werden. Man würde dadurch gleichzeitig die doppelten Fuhrkosten vom Bahnhof zum Lagerplatz und von hier in die Wohnungen sparen. Es müßte jedenfalls für verständige Besteller, die rechtzeitig ihren Bedarf anmelden, die Möglichkeit geboten sein, den Bedarf zu angemessenem Preise zu decken, ohne dem Kriegswucher überantwortet zu sein.

Wo stecken die Zwiebeln?

Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, sind die Zwiebelvorräte so knapp, daß sie nur zur Befriedigung der Bedürfnisse von Heer und Marine ausreichen, während die Zivilbevölkerung leider leer ausgehen muß. Nach Mitteilungen, die dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen zugingen, sind aber doch offenbar mehr Zwiebeln vorhanden als die Reichsstelle für Gemüse und Obst annimmt. Wie wäre es sonst möglich, daß eine unter den Angestellten des Kriegsministeriums in der Hedemannstraße zu Berlin bestehende Einkaufsgenossenschaft vor kurzer Zeit an jeden Anteilscheininhaber je 15 Pfund Zwiebeln verteilen konnte? Vielleicht kann die Reichsstelle für Gemüse und Obst von den Einkäufern jener Genossenschaft gute Bezugsquellen erfahren. — Allem Anschein nach findet allerdings auch mit Zwiebeln ein lebhafter Tauschhandel statt. In der Mecklenburgischen Presse fielen vor kurzer Zeit große Anzeigen auf: „Wer liefert Zwiebeln gegen Bienenhonig?" Auch im Austausch gegen Düngemittel sind noch immer Zwiebeln zu haben. Ist gegen diesen Tauschhandel die oft gerühmte deutsche Organisation ganz machtlos?

Weihnachtsäpfel hat der Danziger Großmarkt angeschafft. 600 Zentner werden noch vor Weihnachten zum Verkauf kommen. Hoffentlich erfolgt die Verteilung recht gleichmäßig.

Mit den Gemüsezufuhren sieht es noch immer sehr traurig aus. Wie wir hören, sollen jetzt größere Mengen Weißkohl an den Markt kommen. Vom 1. Dezember ab tritt der Preis für Dauerkohl in Kraft.

Wie wir weiter erfahren, wird der Magistrat noch im Dezember Mühlenfabrikate an solche Familien ausgeben, die bisher keine erhielten.

Wenn sich diese Mitteilung bewahrheiten sollte — wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln — so wird damit nur eine schreiende Ungerechtigkeit beseitigt, auf die wir wiederholt hingewiesen haben.

* **Gemeindliche Milch- und Fetterzeugung.** Die Stadt Wien hat schon vor einem Jahre auf dem Gute Sachsengang 500 Milchkühe eingestellt und jetzt auf einem weiteren Gut 450 Kühe und 500 Schweine. Die Gutsverwaltung bürgt für täglich 7½ Liter Milch von jeder Kuh, so daß diese 950 Kühe nicht nur den Milchbedarf der in Gemeindepflege stehenden Kinder, der Krankenhäuser und Wohlfahrtsanstalten decken dürfte, sondern noch dem allgemeinen Verkehr eine nicht unbedeutende Menge Milch zugeführt werden soll. Die Schweine sollen in drei Monaten fettgemästet sein, ihre Zahl soll später vermehrt werden.

* **Die 1000. Verlustliste.** Ein Jubiläum, über das man sich nicht freuen kann, begehen wir. Die Druckerei des „Reichsanzeigers" bescherte uns am 30. November die „Preußische Verlustliste Nr. 1000". Wieviel traurige Meldungen sind durch diese 1000 Verlustlisten schon verbreitet worden; wieviel Not und Kummer entstanden und wieviel Tränenquellen erschlossen? Hoffen wir, daß das beginnende zweite Tausend keinen großen zahlenmäßigen Umfang annehmen möchte.

Unterstützung an Kriegerfrauen

zahlt der Holzarbeiterverband an Frauen solcher Mitglieder noch vor Weihnachten aus, die dem Verbande mindestens 52 Wochen angehören. Alles weitere sagt das Inserat dieser Nummer.

Ansprüche von Kriegerwitwen an die Angestelltenversicherung

Die Witwe oder die Kinder von kaufmännischen Angestellten, Werkmeistern, Technikern usw., die dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterstellt waren, haben beim Tode des Versicherten Anspruch auf die Hälfte der für den Versicherten eingezahlten Beiträge. War der Mann oder der Vater freiwilliges Mitglied, steht den Hinterbliebenen sogar ein Anspruch auf drei Viertel des eingezahlten Betrages zu. Dieser Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird. Während des Krieges hat sich herausgestellt, daß in den Fällen, wo Kriegsteilnehmer längere Zeit vermißt waren, ehe die Angehörigen Gewißheit vom Tode erhielten, oder ehe sie die Hoffnung aufgaben und an den Tod glaubten, infolge der erwähnten Bestimmung im Versicherungsgesetz für Angestellte ihr Anspruch auf Rückerstattung eines Teiles der eingezahlten Beiträge verjährt war. Aus den gleichen Ursachen trat übrigens häufig eine Schädigung auch für die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern ein, die Ansprüche auf Witwenrente oder auf Witwengeld aus der Invalidenversicherung zu stellen berechtigt waren.

Infolgedessen hatte der Bundesrat durch eine Verordnung vom 11. Mai 1916 verfügt, daß bei Todesfällen von Kriegsteilnehmern, die längere Zeit vermißt gewesen sind, die betreffenden Bestimmungen des Invaliden- und Angestelltenversicherungsgesetzes nicht in Anwendung kommen können. (Wir haben in der Nr. 17 vom 10. August 1916 unserer „Frauenzeitung" diese Verordnung eingehend besprochen.)

Nunmehr ist eine neue Verordnung des Bundesrats erlassen worden, worin er bestimmt, daß unter Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1916 die Frist für die Geltendmachung des Erstattungsanspruchs von Angehörigen vermißter oder verstorbener Kriegsteilnehmer nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit dem Schluß des Kalenderjahres beginnt, in welchem der Krieg beendet ist.

Diese Fristbestimmung soll auch entsprechend für Versicherte gelten, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind. In Ausnahmefällen ist auch noch eine weitere Fristverlängerung vorgesehen, wenn besondere Hindernisse vorgelegen haben. Wird nachgewiesen, daß ein Versicherter, der als verschollen galt, noch lebt, so braucht die Reichsversicherungsanstalt zu Unrecht erstattete Beiträge nicht zurückzufordern.

Diese neue Verordnung hat unter Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1916 rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 ab. Ist auf Grund der früheren Bestimmungen eine Beitragserstattung wegen Verfalls des Anspruchs rechtskräftig abgelehnt worden, so ist auf Grund der neuen Verordnung von Amtswegen zu prüfen, ob die Bestimmungen dieser Verordnung für den Berechtigten günstiger sind; in diesem Falle ist dem Berechtigten ein neuer Bescheid zu erteilen.

(Gewerkschaftl. Frauenzeitung.)

Ausländische Belehrung über unsere Kriegsziele

Die „Vaterlandspartei" verfügt über außerordentlich große Geldmittel für ihre Agitation. Diese Geldquelle wieder haben ihren Ursprung in den reichen Kriegsgewinnern. In Danzig wird jetzt eine Broschüre von 48 Seiten unentgeltlich verbreitet, in der ein junger holländischer Oberleutnant a. D. einen Mahnruf an das deutsche Volk richtet: „Warum und wie muß Deutschland annektieren?" Die Auflage dieser Schrift wird mit 600 000 angegeben. Die Druckschrift wird der Bevölkerung in die Hand gedrückt und wer sie gelesen hat, soll sie weiter geben. Der junge Holländer, der durch Deutschland wandert, mag es ja ganz gut meinen, aber die hohe Politik ist doch kein Tummelplatz für Leute, denen kein anderer Befähigungsnachweis zur Seite steht, als daß sie vielleicht gute Menschen sind. Er will uns tüchtig fremde Länder einverleiben und zeigt uns dann auch, wie wir sie nach holländischem Vorbilde zu verwalten hätten, um sie mit der Zeit einzudeutschen. Es sind nichts als naive Ansichten, die der junge Mann ausspricht und niederschreibt. Aber, daß die „Vaterlandspartei" so gewaltige Geldmittel verwendet, um das deutsche Volk bei der großen Papierknappheit mit solchen Betrachtungen zu gewinnen, zeigt, wie krampfhaft und einseitig die Macher der „Vaterlandspartei" auf Eroberungsziele losgehen und daß dabei alle Mittel in Anwendung gebracht werden.

Taesler-Vortrag. Die hiesige Ortsgruppe des deutschen Monistenbundes, der für wissenschaftlich begründete Welt- und Lebensanschauung wirkt, hat den freireligiösen Prediger und philosophischen Schriftsteller **Clemens Taesler**-Danzig, dessen erster Vortrag in hiesiger Ortsgruppe sich großer Beachtung erfreute, aufgefordert, einen weiteren wissenschaftlichen Vortrag am Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale des Gesellschaftshauses, Heiligegeistgasse 107, zu halten. Als Thema ist diesmal die in der letzten Diskussion aufgeworfene Frage: **„Was bleibt unserer Zeit von der Religion?"** gewählt worden. Dem Vortrag folgt wiederum Diskussion. Zu der für alle Freunde religiöser und philosophischer Fragen bestimmten Veranstaltung wird durch Anzeige in dieser Zeitung jedermann eingeladen. (Näheres vergleiche Anzeige.)

---

type der Richard Linke als der alte Ohm Krüger. Der junge Seemann des Herrn M. Fall war eine ganz gute Leistung, nur daß er in der Sprache manchmal zu laut wurde. Die Spielleitung des Herrn Haag verdient besonders Anerkennung wegen der liebevollen Ausgestaltung der Seemanns- und Wirtsstube. lo.

„Der Hias" im Wilhelmtheater.

Eines muß eine ernste Kritik vorausschicken: Ein Kunstwerk ist dieses feldgraue Spiel vom Hias nicht. Es ist von der Art der Kriegsstücke, mit denen die deutschen Bühnen zu Anfang des Krieges überschwemmt wurden. Der Aufbau des Stückes kann zu sehr einem Kinodrama, wie ja der Film im Stück selbst Verwendung findet. Besonders der 3. Aufzug leidet an unwahrscheinlichen Szenen. Im Mittelpunkt der Handlung aber steht die Liebe des französischen Kammermädchens Ninette zum Feind ihres Vaterlandes und die Verherrlichung ihrer Tat (sie verhilft dem Hias zur Flucht) ist ein Verbrechen, das auch in Deutschland mit Zuchthaus bestraft wird. Demnach ist ein Besuch der „Hias"-Vorstellung kein verlorener Abend. Abgesehen von dem kriegsmoldtätigen Zweck der Vorstellungen ist die Aufführung auch durch das flotte Spiel der feldgrauen Künstler recht unterhaltsam. Das gilt in erster Linie von dem Darsteller der Titelrolle, der ein unübertrefflicher bairischer Naturbursche ist. Zwei andere bairische Feldgraue sorgen bei der Königs-Geburtstagsfeier im 2. Akt für lebhafte Heiterkeit. Diese feldgraue Feier gibt auch noch einigen andern Künstlern Gelegenheit, ihr Können zu entfalten. Nach Schluß der Vorstellung schaffen die Darbietungen der Hiaskünstler auch den Besuchern des Kabarets noch eine vergnügte Stunde. Das Wilhelmtheater war bei den bisherigen Vorstellungen immer ausverkauft und eine Reihe weiterer ausverkaufter Häuser ist dem „Hias" sicher.

J. Dinjes Globus-Theater

Ein ganz vorzügliches Programm hat Direktor Dinje für die erste Hälfte des Dezember verpflichtet. Außer der urkomischen Burleske „30 000 Mk." sind eine Attraktion ersten Ranges Belagertes Lichtbilder, die urkomischen Tuscanis komische Akrobaten, die Sandmalerin Valesta, die Tanzkünstler Theresia, die Sensitive Bäret und der beliebte Komiker Allgamer, welche alle wetteifern, um den Anwesenden köstliche Stunden zu verschaffen.

Babylons Wiedererweckung

Von Sven Hedin.

Die Funde der heutigen Archäologen lassen erkennen, daß Babylon schon vor fünf Jahrtausenden bewohnt war. Die Mitten ausgegrabenen Ruinen stammen aus der Zeit der ersten babylonischen Könige, etwa 2500 Jahre v. Chr. Seitdem ist der Stadtplan mit seinen Straßen und Häuserblöcken nur geringfügig verändert worden. In der Zeit, da die assyrischen Könige auch über Babylon herrschten, stellten sie den berühmten Tempel Etagila wieder her, der noch heute die gepflasterten Fußböden Assarhaddons und Sardanapals zeigt. Sanherib pflasterte einige Teile der Prozessionsstraße des Gottes Marduk, und auf dem Aufbau endeckte man Spuren von Sargons, Sardanapals und Nabonidsfers Tätigkeit. Unter Nebukadnezar begann der Neubau der ganzen Stadt und ihrer Tempel Emach, Etagila, Esmenanki. Damals wurde die steinerne Brücke über den Euphrat gebaut, wurden Kanäle angelegt, Burgen und Paläste errichtet. Auch die gewaltigen Mauermassen des Ischtartores erhoben sich in der Form, in der wir sie jetzt noch sehen.

Auf Nabonid, der ebenfalls seinen Namen als Bauherr verewigte, folgte das Zeitalter der persischen Könige (538 bis 331), in dem das Stadtbild gewisse Veränderungen erfuhr und die Gestalt annahm, die von Herodot und Ktesias der Nachwelt geschildert wurde. Alexander von Mazedonien (331—323) wollte Babylon zu seinem alten Glanz erheben, doch starb er, bevor er sein Vorhaben ausführen konnte. Die griechische Epoche fällt zwischen die Jahre 331 und 139. Mit ihr begann der Verfall. Von den monumentalen Gebäuden wurden die Ziegel für Profanbauten verfrachtet. Ebenso im parthischen Zeitalter (139 v. Chr. bis 226 n. Chr.). Die Sassaniden beschleunigten den Untergang, und nur die südliche Höhe Amran blieb noch bis ins arabische Zeitalter (1200 n. Chr.) bewohnt. Schon 115 n. Chr. fand der römische Kaiser Trajan die Stadt in Trümmern. Doch waren noch Hütten kleine jüdische und christliche Gemeinden vorhanden, die im 10. und 11. Jahrhundert etwa 10 Kilometer südlicher Hillah am Euphrat entstand, und für seine neuen Häuser Stoff aus Babylons alten Burgen, Mauern und Palästen forderte. Und so gründlich hat die Zerstörung gehaust, daß von manchen Stadteilen, z. B. dem auf dem nördlichen Hügel Babil, nur ein Negativ, gewissermaßen der Gipsabdruck einer verschwundenen Stadt übriggeblieben ist! Schon im Altertum fuhr man, wenn die Häuser verfallen waren, das Innere der Stadt mit Erde und Schutt aus, um festen Grund für neue Gebäude zu gewinnen. Trotz dieser Zerstörung, die Babylon im Gegensatz zu Ninive, dessen Tempel Zehntausende mit seinen Zehntausend zog, ohne sie ahnen, was sie bedeuten, nie ganz vergessen werden.

Aber wie buchstäblich haben sich die Voraussagen der Propheten des Alten Bundes erfüllt! Die Wüste ringsum wirkt weniger öde als diese Schutthaufen und diese trostlosen kahlen Mauern! Denn von der Wüste erwartet man nichts, die Ruinen aber sprechen von vergangener Größe und erloschenem Glanze. Die gewaltigen Mauermassen des hohen Ischtartores stehen nackt, nachdem das Feuer die Dächer und Paneele aus Zedernholz vernichtet hat. Nicht einmal Beduinen errichten hier ihre Zelte, nur Schakale sah ich sogar am Tage aus ihren Schlupfwinkeln hervorschleichen. Welch erschütternde Wahrheit also verkünden die Worte des Propheten Jeremias: „Darum sollen Wüstentiere und wilde Hunde darin wohnen und die jungen Strauße, und es soll nimmermehr bewohnet werden und niemand darin hausen für und für. Gleichwie Gott Sodom und Gomorra samt ihren Nachbarn umgekehrt hat, spricht der Herr, daß niemand darin wohne, noch ein Mensch darin hause. . . . Und Babel soll zum Steinhaufen und zur Wohnung der Schakale werden, zum Wunder und zum Anpfeifen. . ."

Niemals habe ich die Bücher des Alten Testaments mit größerer Aufmerksamkeit und wärmerem Interesse gelesen, als in den Tagen, da ich die Ruinen von Babel und Ninive besuchte. Erzählungen, die früher wie Sagen und Märchen klangen, werden hier zur Wirklichkeit. Könige, deren Namen man bisher nur flüchtig kannte, Tiglat-Pileser, Salmanassar, Sanherib, Nebukadnezar, ziehen nicht länger wie ein Zug Gespenster vorüber, sondern nehmen leibhaftige Gestalt an. Wie unvergleichlich matter sind die Eindrücke aller Museen mit ihren Fragmenten aus jener Zeit gegenüber diesen Ruinen der Palastgemächer und Thronsäle, wo jene alten Könige wohnten, herrschten, Recht sprachen und Vasallen und Gesandte empfingen. Der Strom, in dessen langsam fließendem Wasser Schlösser und Tempel ihre kubischen Formen spiegelten, hat ehemals ihre Fahrzeuge getragen, und den Horizont, dessen Kreis so gleichmäßig ist wie der des Meeres und jetzt ein Land verbrannter Steppen und glühendheißer Wüsten umschließt — ein Paradies von Oasen und Gärten, dicht wie die Flecke eines Pantherfelles —, diesen Horizont hat auch ihr Blick umfaßt, wenn sie bei Sonnenuntergang auf den Zinnen ihrer Paläste wandelten. Welchen Klang gewinnen erst hier die Worte Daniels über Nebukadnezar: „Als der König einmal auf dem Dache der Königsburg zu Babel ging, hob er an und sprach: „Siehe, das ist die große Babel, die ich erbaut habe zum königlichen Hause durch meine große Macht zu Ehren meiner Herrlichkeit."

Nun aber, seit weniger als einem Jahrhundert, steigt diese alte Welt aufs neue aus der Erde herauf und bestätigt in Keilschrift auf gebranntem Lehm die Wahrheit so mancher Bibelworte. In seinem berühmten Buche „Babel und Bibel" (1903) beweist Professor Delitzsch die Zuverlässigkeit der biblischen Urkunden, und der Geschichtsforscher Eduard Meyer sagt in seiner „Geschichte des Altertums" (1913): „Für die Zeit von

* **Die Nähgarnkarte.** Zu den vielen Karten, die die Hausfrau zu „bewirtschaften" hat, wird wohl bald noch die Nähgarnkarte kommen, denn in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung, die von der Reichsbekleidungsstelle einberufen war, wurde mitgeteilt, daß die Verteilung des Nähgarns den Kommunen übertragen werden soll, die ihrerseits für eine gerechte Unterverteilung, vielleicht auf Grund von Karten, zu sorgen haben. Den gewerblichen Arbeiterinnen soll Zusatz bewilligt werden. Die Neuregelung wird am 1. Januar in Kraft treten.

* **Bezugscheine gebührenpflichtig?** Wie die Reichsbekleidungsstelle auf Anfrage mitteilt, ist den einzelnen Ausschüssen der Reichsbekleidungsstelle im Zusammenhange mit anderen, besonders den Ausbau der Bezugsscheinpflicht auf dem Lande betreffenden Organisationsfragen der Antrag auf Erhebung von Gebühren für die Ausstellung von Bezugsscheinen zugegangen. Die Erwägungen hierüber sind aber noch nicht abgeschlossen, eine endgültige Entscheidung ist auch für die nächsten Wochen noch nicht zu erwarten. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Reichsbekleidungsstelle zum Ausgleich für die durch beabsichtigte erweiterte Organisationen entstehenden Unkosten eine Gebühr von je 10 Pf. für die Ausstellung von Bezugsscheinen einführen wird.

Gegen diese Absicht muß entschieden Widerspruch erhoben werden! Ist auf diesem Gebiet erst einmal der Anfang mit dem bösen Beispiel gemacht, dann ist das Ende garnicht abzusehen. Schließlich wird noch für alle Ernährungskarten von der Brotkarte bis zur Nähgarnkarte Bezahlung gefordert. Und bezahlt muß jetzt schon so viel werden, daß für eine weitere nicht notwendige Ausgabe gar kein Bedürfnis besteht.

* **Billiger Hausrat für die Krieger.** Um für die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere für die heimkehrenden Krieger die Erlangung preiswerten und gediegenen Hausrats sicherzustellen, hat der — Brandenburgische Provinzialausschuß die Beteiligung der Provinz an einer hierfür bestimmten gemeinnützigen G. m. b. H. für die Provinz Brandenburg beschlossen. Diese Gesellschaft nimmt schon in allernächster Zeit ihre Tätigkeit auf.

* **Dissidenten können Offizier werden.** Eine Anfrage des Abgeordneten Peus (Soz.) hat jetzt der Reichskanzler wie folgt beantwortet: Dissidenten können zu Offizieren befördert werden, wenn sie sich nach ihren Anschauungen und Handlungen, ihrer Haltung und militärischen Ausbildung zur Beförderung eignen. — Nach dieser Antwort darf die Beförderung also nicht verweigert werden, weil jemand Dissident ist.

* **Die „gemilderten" Schnellzugszuschläge.** Einer Blättermeldung zufolge sollen wahrscheinlich schon im Dezember die Schnellzugszuschläge, die so aufreizend ungerecht wirken, abgeändert werden. Die Festsetzung dieses Zuschlags in Stufen hat den Uebelstand, daß ein Unterschied von 10 Pf. im Fahrpreis eine Erhöhung um 10 Mk. verursachen kann. Auch kosten zum Beispiel Fahrkarten statt 5,10 Mk. jetzt 13,10 Mk. usw. Die Härten sollen dadurch vermieden werden, daß für jede Reise zwei Fahrkarten zu lösen sind. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Schnellzugsverkehr durch die Verteuerung auf ein Drittel des früheren zurückgegangen ist. — Die Eisenbahnverwaltung scheint aber an dieser Fahrpreiserhöhung so sehr Geschmack gefunden zu haben, daß sie nun auch an eine allgemeine Tariferhöhung herantreten will. Sie soll zum 1. April in Kraft treten.

* **Feldpostpaketsperre.** In der Zeit vom 9. bis 25. Dezember dieses Jahres findet keine Annahme von Privatpaketen an Heeresangehörige nach dem Felde statt. Rechtzeitige Auflieferung der Weihnachtspakete ist unbedingt erforderlich. Pakete für Truppenteile in Siebenbürgen, Italien und auf dem Balkan müssen am 1. Dezember bei dem zuständigen Sammelpaketamt sein. Frachtstückgüter bis zu 50 Kilogramm an Heeresangehörige im Felde unterliegen der Annahmesperre nicht.

* **Legt Zettel mit Aufschrift in die Postpakete,** so hat die Post wiederholt gemahnt. Erfolg: Von 50 900 Paketen, die in den Monaten April bis September 1917 amtlich geöffnet werden mußten, weil sie nicht bestellt werden konnten, enthielten nur 720, also knapp 1½ v. H., einen Aufschriftszettel, so daß sie dem Empfänger ausgehändigt werden konnten! Wer sich vor Schaden bewahren will, befolge also den schon oft gegebenen Rat, in alle Postpakete ein Doppel der Aufschrift einzulegen.

Feldpostbenutzung durch Hilfsdienstpflichtige. Da häufig der Fall vorkommt, daß Hilfsdienstpflichtige im Inlande ihre Postsendungen mit „Feldpost" bezeichnen, wird darauf hingewiesen, daß diese Benutzung der Feldpost unstatthaft und unter Umständen strafbar ist. Das Recht, die Feldpost zu benutzen, haben nur die im besetzten Gebiete beschäftigten Helfer.

Aus Westpreußen

Der Ernährungsausschuß in Ohra

nahm in seiner Sitzung am 28. November Kenntnis von einer Verfügung, nach der in allen hiesigen Geschäften Preistafeln ausgehängt werden müssen. Diese Preisverzeichnisse müssen sämtliche zum Verkauf gestellte Waren und deren Preise enthalten. Genosse Walz erhält einen Ausweis, der ihn berechtigt, in Begleitung eines Beamten Revisionen vorzunehmen. Auf Grund einer Eingabe des Herrn Amtsvorstehers Lind sind von der Kgl. Regierung weitere 800 Raummeter Holz zur Verfügung gestellt worden. Herr Mathesius regte an, den Preis für ein Zentner Holz von 3 Mk. auf 2,50 Mk. herabzusetzen. Der Vorschlag fand Zustimmung. Der Verkauf des Holzes nach Gewicht hat sich bewährt. Das Holz findet willige Abnehmer. Für den Monat Dezember erhält Ohra 1800 Liter Petroleum. Das sind 500 Liter mehr, wie bei der letzten Verteilung. Nach Mitteilung des Regierungspräsidenten ist es ihm unmöglich, die Menge noch weiter zu erhöhen. Es wurde Klage darüber geführt, daß bei der Verteilung von Futtermitteln die Güter besser versorgt werden als Ohra. Die Ohraer Volksküche soll eingehen und dafür das Essen aus Danzig geholt werden. Auch die Schulspeisung wird erwogen. Die Kartoffeln sind in diesem Jahre wenig haltbar. Ganz besonders minderwertige Kartoffeln lieferten die Gutsbesitzer Lier und von Ziegler. Selbstverständlich wurde dafür der Höchstpreis verlangt. Nach Schätzung des Sachverständigen wurden 1 bis 2 Mk. pro Zentner als Minderwert abgezogen. Dagegen erhebt von Ziegler Einspruch und droht mit einer gerichtlichen Klage. Der Ernährungsausschuß beschloß, dieser Klage ruhig entgegen zu sehen.

Wieder Käseverteilung an geistige Schwerarbeiter

Der Landrat des Kreises Danziger Höhe sendet uns zu dem unter obiger Ueberschrift in Nummer 46 der „Volkswacht" erschienenen Eingesandt unter Berufung auf das Preßgesetz, diese

Berichtigung:

Sie haben in der Beilage zur „Volkswacht" vom 17. November dieses Jahres folgendes behauptet:

„Die große Käseverteilung an geistige Schwerarbeiter hat wieder begonnen. Auf den Landratsämtern Danziger Niederung und Danziger Höhe usw. erhält jeder Angestellte ohne Käsekarten ein halbes Brot Tilsiter Vollfettkäse, auch junge unverheiratete Angestellte."

Ich bemerke hierzu, daß diese Behauptung unzutreffend ist. Von dem Landratsamt des Kreises Danziger Höhe ist noch niemals Käse an daselbst Angestellte verteilt worden, auch hat dem Landratsamt bislang noch nie Tilsiter Vollfettkäse oder anderer Käse zur Verfügung gestanden. von Unger.

Wir müssen es dem Einsender der fraglichen Notiz überlassen, sich hierzu zu äußern.

Flatow. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am Montag, den 3. Dezember im Vereinslokale beim Genossen Beckmann. Genosse Gehl sprach über: „Was tut not?" In der regen Aussprache wurde bedauert, daß die bisher unterstützungsberechtigten Kriegerfrauen gewährte ärztliche Hilfe in Krankheitsfällen, entzogen worden ist. Durch eine Eingabe soll versucht werden, die entzogene Vergünstigung wieder zu erlangen. Die Kriegsunterstützung ist für Frau und Kind um je 5 Mk. erhöht worden.

Gewerkschaftliches

Geheimarbeiten gegen das Hilfsdienstgesetz

Ein vertrauliches Rundschreiben eines Unternehmerverbandes, der der Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände angehört, ist der Generalkommission auf den Schreibtisch geflogen und wird soeben im „Correspondenzblatt" veröffentlicht. Es enthält einen Bericht über die vielen Klagen, welche auf der Geschäftsführerkonferenz der Arbeitgeberverbände in Nürnberg über das Hilfsdienstgesetz vorgebracht worden sind. Die Wut der Unternehmer richtet sich in erster Reihe gegen § 9, Abs. III des Gesetzes, der bestimmt, daß der Abkehrschein zu erteilen ist, wenn der Arbeiter in der neuen Stellung sein Einkommen wesentlich zu verbessern vermag. Durch Eingabe vom 23. März 1917 haben die Unternehmerverbände das Kriegsamt ersucht, diese Bestimmung dahin abzuändern, daß der Abkehrschein nur dann zugesprochen werden dürfe, wenn die bisherige Entlohnung nach den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen war. Das neue Geheimzirkular teilt über die Aufnahme dieser reaktionären Anregung mit:

„Das Kriegsamt hat den Schlichtungsausschüssen von dem Vorschlag betreffend Angemessenheit der ortsüblichen Löhne Kenntnis gegeben, diese aber erblicken darin einen Eingriff in ihre Zuständigkeit. Danach hat das Kriegsamt es ihnen anheimgestellt, den Vorschlag zu berücksichtigen. Vorbildlich ist das Verhalten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps, das entschieden hat, daß der Abkehrschein nur dann zu erteilen ist, wenn es sich bei einem Stellenwechsel für den Arbeiter darum handle, aus einem unangemessen niedrigen Stand der Löhne herauszukommen."

Hat das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps wirklich eine solche Verfügung erlassen? Sie würde mit Sinn und Inhalt des Hilfsdienstgesetzes in keiner Weise zu vereinbaren sein.

Das geheime Rundschreiben verlangt weiter die Erhöhung der Wartezeit für den ohne Abkehrschein ausgetretenen Arbeiter von 14 Tagen auf 4 Wochen, die Geheimhaltung der Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse und eine Fülle von anderen Verschlechterungen des Hilfsdienstgesetzes. Ein besonders breiter Raum wird den Schmerzen über die Angestelltenorganisationen gewidmet, die sich immer mehr gewerkschaftlich entwickelten.

Im ganzen ist dieses Geheimzirkular eine Warnung für die Arbeiter, die nicht überhört werden sollte: Die Unternehmer sind unermüdlich an der Arbeit, die Rechtslage der Arbeiter zu verschlechtern und namentlich das Hilfsdienstgesetz zu verbösern, das ihnen in keiner Weise gefällt. Da müssen die Gewerkschaften geschlossen und auf dem Posten sein, soll nicht die Arbeitersache Schaden nehmen.

Erste Reichskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Die jüngste, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene, gewerkschaftliche Organisation hat eine beispiellose Aufwärtsentwickelung zu verzeichnen. In wenigen Monaten überflügelte sie alle für die Eisenbahnbediensteten vorhandenen Organisationen bis auf eine, und auch diese dürfte in kurzer Zeit überholt sein. Der Leitung des Verbandes erwuchsen aus dieser erfreulichen Aufwärtsentwickelung Aufgaben, die an die Arbeitskraft des einzelnen ganz außergewöhnliche Anforderungen stellten. Die vielen neu gegründeten Ortsgruppen entwickelten sich sprunghaft und erreichten Mitgliederzahlen von 1000, 2000 und in einigen Fällen von weit über 3000. Zu den hieraus erwachsenden Verwaltungsarbeiten kam die Notwendigkeit, eine umfassende Tätigkeit zur

---

745 an kommen die vollständig authentischen, aber sehr dürftigen und abgerissenen Angaben im Alten Testament als ein wertvolles Plus zu den griechischen Quellen." Der selbstlosen Arbeit und bewundernswerten Ausdauer deutscher Archäologen aber verdankt es die Welt, wenn das Babylon des Alten Testaments aus Schutt und Moder unserem geistigen Auge zu neuer Herrlichkeit ersteht.

Was bisher von dem babylonischen Trümmerfeld auf dem linken, östlichen Euphratufer ausgegraben werden konnte, bildet ein Dreieck, dessen Spitzen nach Norden, Osten und Süden gerichtet sind, und dessen Westseite sich an den Euphrat lehnt. Seine Nordspitze umschließt die Hügel Babil, die Südspitze den Hügel Amran; die Mitte der Westseite am Euphrat bildet der Hügel Kasr. Jenseits, auf dem rechten Euphratufer, ist noch kein Spatenstich geschehen, doch wird sich dort ein ähnliches Geländedreieck voller Ruinen finden, wenn Herodot damit recht hat, daß Babylon quadratisch angelegt gewesen sei und der Euphrat die Stadt mitten durchschnitten habe.

Dieses gewissermaßen auf der Südspitze stehende Quadrat war von der äußeren Stadtmauer umschlossen, deren Länge die alten Geschichtsschreiber Herodot und Ktesias auf 86 bezw. 65 Kilometer angeben; in Wirklichkeit betrug sie nur etwa 18 Kilometer. Gleichwohl war Babylon die größte Stadt des antiken Orients, auch Ninive nicht ausgenommen, das zu Herodots Zeiten schon vom Erdboden verschwunden war.

Richtiger sind die Angaben der griechischen Schriftsteller über die sonstige Anlage der Mauer, die eine dreifache Befestigung darstellte: zuerst eine 7 Meter dicke Mauer aus Lehmziegeln; 12 Meter vor und parallel mit ihr eine 7,80 Meter dicke Mauer aus gebrannten Ziegeln, und vor dieser noch eine Grabenmauer von 3,30 Meter Dicke. Vor letzterer lag jedenfalls der Graben mit seiner Kontereskarpe. Die Ziegel der Grabenmauer messen 33 Zentimeter im Quadrat — das übliche Ziegelmaß in Babylonien — und tragen den Stempel Nebukadnezars. Die 12 Meter breite Gasse zwischen den beiden ersten Mauern war, jedenfalls bis zur Krone der Ziegelmauer, mit Erdreich ausgefüllt. Dies war der Fahrdamm, der auf die klassischen Schriftsteller einen so tiefen Eindruck machte, weil er so breit war, daß ein Viergespann darauf umwenden konnte. Diese Breite der Mauerkrone war militärisch von größtem Vorteil; sie ermöglichte schnellste Truppenbewegung bei der Verteidigung der Festung. In Abständen von ungefähr 50 Metern wurden beide Mauern von 330 Türmen überragt.

Nebukadnezar war es, der die Stadt in eine Festung verwandelte. In einer seiner Inschriften spricht er von dieser Mauer, von dem gewaltigen Graben davor und von den aus Zedernholz gefertigten, mit Kupfer überzogenen Türflügeln in den Mauertoren. Später verlor Babylon den Festungscharakter; in der parthischen Zeit benutzte man die Mauer als Grabgewölbe, wie aufgefundene Sarkophage beweisen.

Inmitten dieses durch die beiden Seiten der alten Stadtmauer und den Euphrat bezeichneten Dreiecks liegt nun eine Welt von Erd- und Schutthaufen, von Mauer- und Burgresten, die meinem Reisekameraden und mir ein rätselhaftes Durcheinander geblieben wäre, hätte uns nicht Professor Koldewey mit unermüdlicher Ausdauer, des glühenden Sonnenbrandes nicht achtend, drei Tage lang umhergeführt und Licht in dieses Dunkel der Gräben und Schächte gebracht. Unter seinem Zauberstab erwachte uns Babylon zu neuem Leben. Die Steine erhielten Sprache, die breite Straße der Prozessionen bevölkerte sich mit Babyloniern. Er wußte Episoden aus den alten Schriften, z. B. Daniels Besuch am Hofe Nebukadnezars, einzuflechten, als wenn er selbst zugegen gewesen wäre, und so lebendig und packend, daß man den großen König in seiner majestätischen Pracht vor sich zu sehen glaubte.

*

Aus dem neuen Wanderbuche „Bagdad-Babylon-Ninive", worin der schwedische Reisende und Forscher mit seinem bekannten Schilderertalent während des Krieges gewonnene Eindrücke aus dem Zweistromlande festhält. (Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig. Feldpostausgabe 1 Mark.)

Vermischtes

— **Massenprozeß gegen streikende Arbeiter.** Ein eigenartiger Prozeß gegen rund 1200 Arbeiter wird demnächst in Kopenhagen entschieden. Im Sommer streikten die Kopenhagener Werftarbeiter und setzten den Kampf auch noch fort, als die Schlichtungskommission ihn für unberechtigt erklärt und den Gewerkschaftsverein zu 2000 Kronen Strafe verurteilt hatte. Daraufhin verklagten die Unternehmer die Werftarbeiterorganisation, die vom Gericht zu 30 000 Kronen Schadenersatz verurteilt wurde. Die Organisation hatte jedoch inzwischen ihr ganzes Vermögen zur Unterstützung der Streikenden ausgegeben und sich danach aufgelöst, so daß die Unternehmer nichts bekamen. Diese haben daher jetzt gegen die 1200 streikenden Arbeiter einzeln Klage erhoben, um die Vertragsbruchstrafe hereinzubekommen. Dringen die Arbeitgeber mit ihrem Anspruch durch, so hätte jeder von ihnen 70 bis 80 Kronen zu zahlen. Die Arbeiterschaft Dänemarks empfindet dieses Vorgehen bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen als besonders hart und rücksichtslos.

— **Revolverjournalismus im Gerichtsgebäude.** Wie im Kriminalgerichtsgebäude der gute Ruf der Presse untergraben werden kann, zeigte eine vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Anklage wegen Betruges, die sich gegen einen älteren, mit dem Eisernen Kreuze geschmückten Gerichtsdiener richtete. Dieser hat, wie die Verhandlung ergab, einer Angeklagten 10 Mark abgenommen unter dem Vorgeben, daß er diese als „Schmiergelder" für etwa anwesende Vertreter der Presse benutzen müsse, wenn sie sicher sein wollte, daß die Verhandlung nicht in die Zeitungen komme. Da der Angeklagte natürlich nicht den geringsten Einfluß darauf ausüben kann und das Geld einfach in die Tasche gesteckt hat, war die Grundlage für Erhebung einer Betrugsanklage gegeben. Interessant war der Entschuldigungsgrund, den der Angeklagte u. a. geltend machte: er habe wiederholt gesehen, daß ein gelegentlicher Berichterstatter sich nicht geniere, derartige Geschäfte mit Angeklagten zu machen, so daß er gelaubt habe, daß auch er in dieser Weise Geld verdienen könne. — Das Gericht sah das Vergehen des Angeklagten für so schwer an, daß es ihn zu einem Monat Gefängnis verurteilte, wobei betont wurde, daß ein solches Vergehen eine schwere Schädigung des guten Rufes des Vertreter der Presse darstelle, die pflichtgemäß ihres Amtes zu walten haben.

— **Wieviel sind 72½ Milliarden Mark?** Wie einfach es klingt — 72½ Milliarden Mark! (Der gesamte bisher gezeichnete Betrag der sieben Kriegsanleihen.) Und doch, welche ungeheure Summe, von der sich ein Laie nur schwer eine Vorstellung machen kann. In Goldstücken wären es 580 000 Zentner, zu deren Transport 2900 Eisenbahnwaggons zu je 200 Zentner gehörten; in Zwanzigmarkstücken hochkant nebeneinandergereiht — eine Strecke von 7250 Kilometern; in Tausendmarkscheinen, buchstäblich übereinandergelegt, würde diese Summe eine Höhe von 14 400 Metern ergeben; in Silber wären es 8 000 000 Zentner, zu deren Transport 40 000 Eisenbahnwaggons zu je 200 Zentner gehörten. Auf den Kopf der gesamten deutschen Bevölkerung kommen 1030 Mark! Würde jemand ein Einkommen von 100 Mark in der Minute haben (Tag und Nacht gerechnet!), so brauchte er eine Wartezeit von 1420 Jahren, um 72½ Milliarden zu erreichen.

seligen Tat Auskunft geben könnten. Sie ist aber wohl in der Zerrüttung seiner Familienverhältnisse und seiner Vereinsamung zu suchen.

Mehr als das Vergehen des gleichgültigen Gerichtsdieners interessiert die Tatsache, daß in Berliner Gerichtssälen ein Revolverjournalist sein Wesen treiben konnte.

Dabei darf allerdings auch nicht übersehen werden, daß Gerichtsberichterstatter in besonderem Maße Versuchungen unterworfen sind. Wir könnten aus eigener Erfahrung sehr Erbauliches über die Art mitteilen, wie sich „angesehene" und zahlungsfähige Angeklagte und Verurteilte vor der Veröffentlichung zu schützen suchen. Dies sollten die Redaktionen bei der Entschädigung der Gerichtsberichterstatter sehr wohl beachten.

Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse für die Eisenbahnbediensteten zu erfassen. Es gelang der Verbandsleitung, die sich in den Weg stellenden Schwierigkeiten zu überwinden und dem Verband in ganz Deutschland immer neue Scharen zuzuführen, ebenso aber auch für eine wiederholte Lohnaufbesserung zu wirken. Um nun einen möglichst einheitlichen Aufbau der Organisation und eine einheitliche, nach gewerkschaftlichen Grundlagen sich vollziehende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, lagte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im Gewerkschaftshause in Berlin. Die große Zahl der aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilten Konferenzteilnehmer legte Zeugnis ab von der Machtentfaltung des Verbandes. Der Geist, von dem die zweitägige Konferenz beseelt war, ist ein Beweis dafür, daß das langerstrebte Ziel der Eisenbahner, eine machtvolle Einheitsorganisation zu besitzen, seiner Verwirklichung entgegenreift.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes und Geschäftliches. 2. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner. 3. Der Ausbau unserer Organisation. Den Bericht erstattete der Vorsitzende Brunner. Die sich daran knüpfende Aussprache war sehr ausgedehnt, brachte aber nur eine uneingeschränkte Anerkennung der vom Vorstand geleisteten Arbeit.

Das Referat zum Punkt 2 hatte ebenfalls Brunner übernommen. Auch hier setzte eine lebhafte Aussprache ein, bei der eine volle Uebereinstimmung zwischen Vorstand und Ortsverwaltungen zutage trat. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die Konferenz stimmt den in dem Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brunner, aufgestellten Grundsätzen für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner zu. Nach eingehender Besprechung dieser Angelegenheit beschließt die Konferenz: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in möglichst kurzer Frist diese von der ersten Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes anerkannten Grundsätze für die Aufstellung eines Programms zur Vertretung der Interessen der Eisenbahner in bezug auf Lohnpolitik, Arbeitervertretung, Organisationsrecht, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Arbeiterschutz, als Unterlage zu benutzen und dieses Programm in Form einer Broschüre den Eisenbahnern sowie der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen."

Der Punkt 3 der Tagesordnung brachte eine Fülle von Anregungen und Anträgen. Beschlossen wurde eine Ergänzung des Vorstandes, der Aufbau der Bezirksleitungen, eine Verbesserung der Unterstützungs- und Verwaltungseinrichtungen.

In seinem Schlußwort betonte der zweite Vorsitzende, Siering, daß diese Konferenz eine Marksteine bilden wird in der Geschichte der Eisenbahnerbewegung. Es gibt keine Organisation, die einen ähnlichen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen hätte. Trotzdem müsse tüchtig weiter gearbeitet werden, um die noch fernstehenden Eisenbahner dem Verbande zuzuführen. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband fand die Konferenz ihr Ende.

Urabstimmung im Holzarbeiter-Verband

Darüber wird uns von zuständiger Stelle geschrieben:

Ueber die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen in ihrer Organisation haben in der Zeit vom 1. bis 17. Dezember die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes durch Urabstimmung zu entscheiden. In einer ziemlich umfangreichen Vorlage hat der Verbandsvorstand den Mitgliedern die vorzunehmenden Aenderungen unterbreitet. Neben der Einführung von Staffelbeiträgen, die unser ganzes Finanzgebahren auf eine einheitliche, gesunde Grundlage stellen sollen, trägt eine wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze den veränderten Verhältnissen Rechnung. **Die Entwertung der Kaufkraft des Geldes zwingt uns, unsern Arbeitslosen und Kranken größere Mittel zur Verfügung zu stellen.** Wohl ist es Aufgabe des Reiches, des Staates und der Kommune, für die Opfer der Arbeit zu sorgen. Mit aller Kraft müssen auch die im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Holzarbeiter für die Einführung einer Reichsarbeitslosenunterstützung kämpfen und für den Ausbau der Krankenkassen usw. Sorge tragen. Solange aber diese sozialpolitischen Probleme nicht befriedigend gelöst sind, ist die Arbeiterschaft auf die **Selbsthilfe angewiesen.** Dem trägt die Vorlage des Vorstandes Rechnung.

Die Erhöhung des Kampffonds ist eine unbedingte Notwendigkeit jeder Arbeiterorganisation. Gewaltige Gewinne haben die Arbeitgeber des Holzgewerbes während der Kriegszeit aufgestapelt. Immer enger und fester schließen sich die Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes zusammen. Unter dem Drucke der Verhältnisse haben sie den Forderungen der Holzarbeiter nachgeben müssen. Da auch in der Friedenszeit, die hoffentlich nicht mehr allzu fern ist, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft des Holzgewerbes sich so glatt erledigen lassen werden, wie in der jetzigen, ist sehr zweifelhaft. **Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Holzindustrie mit schweren wirtschaftlichen Kämpfen belastet sein wird. Hier gilt es, jetzt schon vorzubauen, jetzt schon das Rüstzeug zu prüfen.** Die Arbeitgeber im Holzgewerbe verfolgen mit Interesse die Bewegungen der Arbeiterschaft ihres Gewerbes. **Beweisen wir durch unsere Urabstimmung, daß wir gute Sachwalter unserer ureigensten Interessen sind, sorgen wir für den Ausbau der Organisation.**

W. K.

Lohnerhöhung im Baugewerbe

Ende November haben im Reichswirtschaftsamte in Berlin Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den beteiligten Zentralverbänden der Bauarbeiter, die folgendes Ergebnis zeitigten: Vom 10. Dezember ab wird eine Teuerungszulage von 10 Pf. für die Arbeitsstunde und vom 1. April weitere 5 Pf. gewährt. Auf diese Zulagen sollen die seit den letzten zentralen Verhandlungen bewilligten örtlichen Sonderzulagen nur insoweit angerechnet werden, als die Anrechnung bei ihrer Vereinbarung ausdrücklich vorbehalten oder die Vereinbarung nach dem 30. September 1917 abgeschlossen worden ist. Nebenvergütungen für Mittagessen, Fahrgelder und Auslösung bis zu 2 Mk. für den Tag kommen nicht in Anrechnung.

Soziales

Zeitgemäße Erinnerung

In der „Arbeitgeberzeitung" Nummer 40 vom Jahre 1915 schrieb Felix Kuh dies:

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zumuten, daß er aus Gründen, die immerhin höchst theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert. — Wir werden nach dem Kriege noch manchen heftigen Kampf auf dem Weltmarkt auszufechten haben, und es wird uns hierbei nichts schaden, wenn wir unsere Herstellungskosten in verständiger Weise einschränken. Das aber kann zweifellos durch eine rationell Verwendung der Frauenarbeit sehr gut geschehen, denn für eine große Menge von Hilfs- und Nebenarbeiten würde der männliche Arbeiter einen zu hohen Preis verlangen. Die sozialistische Behauptung, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ (verhältnismäßig) zu viel erhält."

Gegenüber dem schweißtriefenden Patriotismus dieser Kreise wollen wir uns von Zeit zu Zeit immer wieder an solche wahren Enthüllungen ihres echten Seelenzustandes erinnern. — Red.

Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten.

Die „Basler Nachrichten" vom 30. Oktober berichten aus New York: Joseph S. Mc. Coy vom Finanzministerium veröffentlichte nachstehende amtliche Skala für die Erhebung der Einkommensteuer nach den neuen Tarifen:

Jährliches Einkommen Dollar	Taxe für Verheiratete Dollar	Taxe für Ledige Dollar
1 000	0	0
2 000	0	20
3 000	20	40
4 000	40	80
5 000	80	120
10 000	355	395
20 000	1 230	1 270
30 000	2 530	2 570
40 000	3 830	3 870
50 000	5 430	5 478
100 000	18 430	18 470
500 000	192 030	192 970
1 000 000	475 430	475 470
10 000 000	6 490 430	6 490 470

Es gibt in den Vereinigten Staaten, nach der „Washington Post", wenigstens 30 Persönlichkeiten, die über ein Einkommen von 10 000 000 Dollar jährlich verfügen, und die nach dieser Skala mehr als die Hälfte davon als Steuer zu entrichten haben. Der Steuerkassierer im zweiten Steuerdistrikt von New York (Finanzquartier) erhofft in diesem Jahre eine Einnahme aus der Einkommensteuer von 500 000 000 Dollar an Stelle von 90 000 000 Dollar im Vorjahre.

Aus aller Welt

— **Durch Explosion einer Benzollokomotive** auf der Grube „Anna" des Eichweiler Bergwerkvereins entstand gestern ein Brand in der Dämmerung. Die Bergleute wurden als Leichen geborgen. 25 werden noch vermißt.

— **Der Prozeß gegen den Grafen Ronikier.** Die Strafsache gegen den Grafen Bogdan Ronikier, der unter dem Verdacht stand, seinen Schwager Chrzanowski ermordet zu haben, ist wieder aufgenommen worden. Die Akten befinden sich augenblicklich beim königlich polnischen Obergericht in Warschau. Graf Ronikier ist gegen Stellung einer Kaution vorläufig auf freiem Fuß belassen worden. (B. T.)

— **Straßenbahnunglück in Recklinghausen.** Gestern früh entgleisten in Recklinghausen an einer abschüssigen Kurve drei Wagen der Straßenbahn mit 160 Arbeiterinnen aus Erkenschwick. Bisher wurden 3 Tote, 12 Schwerverletzte und 20 Leichtverletzte festgestellt.

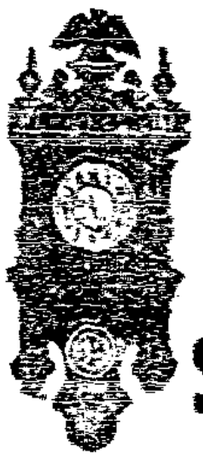
— **Familientragödie in Berlin.** Eine erschütternde Familientragödie hat sich von Sonntag zu Montag in dem Hause Ackerstraße Nr. 159 abgespielt. Hier wohnte der 52 Jahre alte Arbeiter Anton Lukaschewski. Seine Frau lebte mit den beiden Kindern, einer 17 Jahre alten Tochter und einem 13jährigen Sohne, getrennt von ihm in der Badstraße. Die Kinder besuchten den Vater öfter in seiner Wohnung und blieben auch dann und wann über Nacht bei ihm. Das geschah auch am vergangenen Sonntag. Frau Lukaschewski nahm, als die Kinder am Montag nicht heimkehrten, an, daß sie den Tag über bei dem Vater blieben. Gestern abend um 5 Uhr nahmen nun Hausgenossen ein schwaches Stöhnen in der Wohnung Lukaschewskis wahr. Sie legten dem keine Bedeutung bei und kümmerten sich nicht weitere darum. Unterdessen wurde die Mutter doch besorgt um die Kinder. Um 8 Uhr abends kam sie nach der Ackerstraße, um sich nach ihnen umzusehen, fand aber trotz Klopfens und Klingelns keinen Einlaß. Nichts Gutes ahnend, wandte sie sich an die Polizei des 62. Reviers. Diese ließ öffnen und fand die Befürchtung der Frau bestätigt. Lukaschewski lag in der Stube auf dem Fußboden mit dem Gesicht nach unten, die Tochter quer vor der Ausgangstür, der Sohn auf dem Bett. Alle drei waren tot. In der Küche stand ein Hahn des Gaskochers auf. Das ausgeströmte Gas war aber zum größten Teil schon wieder abgezogen, weil ein Fenster undicht ist. Nach dem Befund ist anzunehmen, daß der Vater die Kinder mit Arsenik und dann sich selbst mit Gas vergiftet hat. Die Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Lukaschewski hat keine Aufzeichnungen hinterlassen, die über die Veranlassung zu der um

— **Sturmflut in Holland.** Amsterdam, 3. Dezember. W. T. B. Aus dem ganzen Lande kommen Nachrichten von ziemlich bedeutenden Schäden, die durch die heftigen Stürme der letzten Tage angerichtet wurden, und von örtlichen Ueberschwemmungen. Bei Baarn wurden die aufgestauten Wassermengen der Zuidersee über den Damm getrieben und mehrere hundert Hektar Land überschwemmt. Bis jetzt haben die Deiche standgehalten. Man befürchtet aber, wenn das stürmische Wetter anhält, einen Durchbruch.

— **50000 Mark unterschlagen.** Der 28 Jahre alte Kaufmann Daetzl aus München hat in einem Geschäft in Frankfurt a. M. 50000 Mark unterschlagen. Auf die Wiederbeschaffung der Summe und die Ergreifung des flüchtigen Diebes hat die Kriminalpolizei 5 Prozent des Betrages ausgesetzt. Weitere Unterschlagungen werden noch aus dem Reich gemeldet: So unterschlug in Berlin die 30 Jahre alte Händlerin Elise Werner aus Leipzig 24000 Mk. 12000 Kronen veruntreute ein 32 alter aus Saaz in Böhmen gebürtiger Expedient Ferdinand Halka. Man vermutet, daß sich die drei Defraudanten nach Berlin gewandt haben.

— **Für 100 000 Mark Metallwerkzeuge** wurden in Berlin von der Kriminalpolizei in einem Trödelkeller im Norden der Stadt entdeckt. Es sind besonders Feinbohrer, aber auch andere Werkzeuge aller Art aus Schnelldreh- und Silberstahl. Die sehr wertvollen Metalle und Werkzeuge sind durch Bundesratsverordnung beschlagnahmt. Trotzdem wurde beobachtet, daß sie viel im „freien" Handel waren. Die Ermittelungen ergaben, daß die Werkzeuge in größeren Betrieben gestohlen worden waren. Bis sie an neue Verbraucher gelangten, gingen sie zum Teil durch sechs, sieben und mehr Hände. Durch diesen Kettenhandel stiegen sie entsprechend im Preise.

— **Für 38 000 Mark Seiden- und Wollstoffe gestohlen** haben Einbrecher die einem Berliner Geschäft in der Pestalozzistraße 86 einen Besuch abstatteten. Obwohl die Täter sich zur Fortschaffung der Beute eines Wagens bedient haben müssen, sind sie unbemerkt entkommen.



Uhren

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren

Weckeruhren in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 247

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl

Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius **Goldstein**

Langenmarkt 4, gegenüber der Markthalle

In Freien Stunden 15 Pf.

Verlag Buchhandlung Vorwärts

Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht

Danzig, Jopengasse 32.

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die $4^1/_2$% **Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe** können vom

10. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1918** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummern mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die 5% **Schuldverschreibungen der VI. Kriegsanleihe** findet gemäß unserer Mitte v. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

26. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen für die **I., III., IV. und V. Kriegsanleihe** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober d. Js. fällig gewesenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Dezember 1917.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein v. Grimm. 312

Mir oder Mich?

Vorzügl. Lehrbuch der deutschen Sprache 2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Rundschrift 5. Stenographie Stolze-Schrey 6. Maschinenschreiben 7. Buchführung (einf., doppelt und amerik.) 8. Handelskorrespondenz 9. Briefstil 10. Rechtschreiblehre 11. Fremdwörterbuch 12. Geographie 13. Richtig Englisch 14. Richtig Französisch 15. Der gute Ton. 16. vorzügl. Lehrbücher je M. 1.20 Nachn. Schwarz, Berlin W., Eisenachstr. 76

Soeben erschienen:

Vom Schreibtisch in den Krieg

Skizzen von Richard Schiller

Zu beziehen durch

Buchhandlung Volkswacht

Preis 40 Pf.

Wir begrüßen die von uns so oft geforderte und nun zugesicherte Beseitigung aller Hemmnisse der Gewerbeordnung für die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften und betrachten es als selbstverständlich, daß auch der Erpressungsparagraph des Strafgesetzbuchs entsprechend geändert wird. Ebenso begrüßen wir, daß durch Erschaffung von Arbeitskammern auch der Arbeiterklasse ein Anteil an der Vorbereitung großer volkswirtschaftlicher und sozialer Gesetzesvorlagen eingeräumt werden soll. Wir sehen darin ein Anerkenntnis des Gedankens, daß die Volkswirtschaft nicht Angelegenheit der Kapitalbesitzer, sondern des ganzen Volkes ist.

Noch eine dringende Bitte: Gehen Sie sofort an eine

Erhöhung des Soldes für unsere Soldaten,

unsere Brüder im Waffenrock, und erhöhen Sie ohne Verzug die Renten für die Invaliden der Arbeit, deren Notlage überaus groß ist. (Zustimmung.) — Allem voran steht die

Frage der Volksernährung.

Wir verlangen von der Regierung keine Zauberkünste; aber die dringendsten Lebensbedürfnisse der Masse können auch unter den gegenwärtigen Verhältnisse befriedigt werden, wenn nur dem Gesetze Achtung verschafft wird. Doch wenden Sie die Energie an, die Sie bisher bei der Bekämpfung idealistischer und selbstloser Bestrebungen zeigten. **Bekämpfen Sie jenen schamlosen Wucher, der aus ekler Gewinngier dem Volke die letzten Millionen verkürzt. Ins Gefängnis nicht mit den Demonstranten oder Flugblattverteilern, aber ins Zuchthaus mit den ehrlosen Burschen, die das Volk aushungern und ausmuchern.** (Lebhafter Beifall.) Dann wird manches besser werden. Ein wirkliches Ende des ganzen Elends ist aber erst zu erwarten, wenn wieder Frieden ist. Wir werden die Regierung vor allem danach beurteilen, was sie für den Frieden tut. Rußland, das der Welt das Licht eines großen Gedankens vorausträgt, das sich in Krämpfen und Kämpfen einer großen Zukunft entgegenringt, Rußland ist nicht der Verlierer des Krieges. Die Geschlagenen werden zuletzt diejenigen sein, die den gewaltigen Mächten der Zukunft, der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, dem Völkerfrieden den Krieg bis ans Ende geschworen haben. Es wird ihr eigenes Ende sein. Diejenigen sind die aufstrebenden Mächte, die mit der Zukunft im Bunde kämpfen. Möge das deutsche Volk unter ihnen sein! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Kriegskredite im Reichstage

Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärt

Abg. Ebert (Soz.):

Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen. Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedenssehnsüchtigen Welt freudig begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ernstlichen Schritt zum Weltfrieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die **klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierungen von Oesterreich und Ungarn** auf dieses Angebot aufgenommen haben. Der Herr Reichskanzler hat dem angebotenen Waffenstillstand zugestimmt und hat erklärt, er erblicke in den russischen Friedensvorschlägen eine diskutable Grundlage für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen,

auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedenskundgebung des Reichstags vom Juli dieses Jahres verlangt einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, einen Frieden ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen eines Volkes. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Antwort auf die Papstnote, zu der die neue Reichsleitung sich bekannt hat. Mit besonderer Betonung hat der Herr Reichskanzler in seiner Erklärung vom Mittwoch hervorgehoben, die **Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden.** Diese Erklärung haben wir besonders begrüßt. In demselben Sinne hat sich gestern der Staatssekretär von Kühlmann im Haushaltsausschuß ausgesprochen. Er hat gesagt, für eine Neugestaltung der Dinge im Osten müsse **dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung getragen** werden. Diese Erklärungen der Reichsleitung begrüßen wir mit Genugtuung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir deshalb auf das Bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen

streng im Sinn und Geist dieser Erklärungen

führt. Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die von Rußland ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Reichsleitung darf und wird sich nach diesen Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauerndes freundnachbarliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland verbürgt. (Bravo!) Die russische Regierung will mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen. Vom gleichen Willen ist das deutsche Volk beseelt. Wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnsinnigen Völkermorden völlig Einhalt zu gebieten, das deutsche Volk würde das aufrichtig begrüßen und dafür sein Bestes einsetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zum Unglück der Völker ist jedoch nach den Erklärungen der Staatsmänner in England und Frankreich mit dieser Möglichkeit leider noch nicht zu rechnen. **Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung,** sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das ernste Friedensbestreben des Papstes unbeachtet gelassen und das Friedensangebot der russischen Demokratie beiseite geschoben, sie haben erneut zur Fortsetzung der Metzelei aufgerufen. Ueber ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich wieder damit gedroht, mit der **Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft,** gedroht. Dies Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu **unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten.** Deshalb bewilligen wir den geforderten Kriegskrediten zu. (Bravo! — Zuruf bei den „Unabhängigen": Mit Westarp! — Gelächter bei den Soz.)

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsregierung nachdrücklichst verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern schnellstens gerecht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter allen Umständen muß dafür Sorge getragen werden, daß die vorhandenen **Lebensmittelbestände rationell bewirtschaftet** und in erster Linie der menschlichen Ernährung gesichert werden. Die wucherische Preispolitik muß endlich unterbunden und der gemeinschädliche Schleichhandel rücksichtslos unterdrückt werden, wenn nicht die ganze Organisation der Volksernährung über den Haufen geworfen werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das

verwerfliche System des Preisanreizes

scheint allerdings unter dem **System Waldow** seine neue Auferstehung zu feiern. Dafür spricht die jetzige skandalöse Erhöhung des Haferpreises, gegen die wir auch von dieser Stelle schärfsten Protest erheben müssen. (Bravo! links.) Die Ernährungspolitik des Herrn von Waldow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerschärfsten Mißtrauen zu begegnen. — Schwere Sorge bereitet uns auch die Kohlenfrage. Hier müssen alle Anstrengungen einsetzen, um die Bevölkerung die für den Hausbrand notwendige Kohle zu liefern. Zu den Schwierigkeiten der Ernährung darf unser Volk nicht noch die Unbilden der Kälte ausgesetzt sein. Das wäre eine zu schwere Belastungsprobe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erfreulicherweise hat die Reichsleitung auf einmütiges Verlangen des Reichstags sich gestern bereit erklärt, die **Löhnung unserer Soldaten zu erhöhen.** Die Löhnung der Mannschaften soll um ein Drittel, die der Unteroffiziere um ein Fünftel erhöht werden. Ich muß namens meiner Freunde, und wie ich glaube mit Zustimmung des ganzen Reichstags, aufs dringendste ersuchen, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern **rückwirkend ab 1. November** in Kraft treten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso dringend müssen wir verlangen, daß dem einstimmigen Beschluß des Reichstages auf **Erhöhung der Bezüge der verletzten Soldaten und der Hinterbliebenen** der Gefallenen baldigst Rechnung getragen wird. (Bravo!) **Die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung dazu liegt vor.** Die Durchführung kann aber bei der langen Dauer des Krieges nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Namentlich verlangt die Notlage der Witwen und Waisen gebieterisch schnelle Abhilfe. In diesem Zusammenhang muß ich auch auf die Notlage der Arbeiterinvaliden hinweisen. Die Reichsleitung hat auch hier gestern grundsätzlich eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung zugesagt. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Invaliden der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringliche Hilfe erhalten. (Bravo!)

Einen großen Teil der zu diesen Maßnahmen erforderlichen Mittel kann die Reichsleitung leicht aufbringen, wenn sorgfältiger bei Beschaffung des Kriegsmaterials gewirtschaftet wird. Hier wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, hier wird geradezu Verschwendung getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Abschlüsse der Handelsgesellschaften der Kriegsindustrie liefern die **himmelschreienden Belege für diese Wirtschaft.** Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Reichtümer aufgetürmt. Vom Kriegsministerium muß entschiedener gewissenhaftere Verwendung der Reichsmittel gefordert werden. Das Kriegsministerium soll sich weniger um Zensur- und Versammlungsrecht kümmern und dafür mehr

den Kriegsgewinnlern und ihren Schiebern

auf die Finger schauen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Herrn Reichsschatzsekretär müssen wir sagen: Seine nächste Steuer muß unseres Erachtens eine schärfere, möglichst restlose Erfassung der Kriegsgewinne sein.

Vor allem aber hoffen wir, daß Selbstbesinnung und Vernunft den Krieg mit seinen grauenhaften Opfern, seinen sinnlosen Zerstörungen und abscheulichen Auswüchsen bald überwindet und allen Völkern den Frieden gibt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Graf Westarp behauptet, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefährde die Zukunft und Sicherheit des Reichs. Wir sind allerdings überzeugt, daß die Pläne der Alldeutschen die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen in dem Ziel der **Herbeiführung eines freundnachbarlichen Verhältnisses mit Rußland** ein Ziel von ungeheurer politischer Bedeutung, dessen Erreichung für uns auch die

denkbar größte militärische Sicherung

bedeuten würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Ledebour meinte, uns sei die Zustimmung zu den Kriegskrediten diesmal schwer gefallen und nur erleichtert worden durch einige friedensfeindliche Aeußerungen von Politikern der Entente. Aber auf diese könne man nichts geben, denn sie seien kein Beweis dafür, daß die Westmächte den Frieden nicht wollten. Aber an der Tatsache wird auch Kollege Ledebour nicht vorübergehen können, **daß nämlich die Machthaber der Entente das russische Friedensangebot abgelehnt haben und die Fortsetzung des Krieges als ihr Programm der Welt verkünden.** In dieser Tatsache liegt die sachliche Begründung unserer Haltung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Ledebour meinte, es sei gewissermaßen das Verdienst seiner Freunde, daß die Vertreter der äußersten Linken jetzt das Heft in Rußland in der Hand haben, und daraus folgerte, die Politik seiner Freunde bei Ablehnung der Kriegskredite sei die richtige gewesen, so will ich ihm darauf erwidern: Daß die Bolschewiki heute in Rußland das Heft in der Hand haben, daß dort eine demokratische Regierung heute besteht, die ernstlich zum Frieden bereit ist, verdanken wir am allerwenigsten der Politik der Unabhängigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hätten wir deren Politik am 4. August befolgt, hätten wir damit Zwietracht in unser Volk getragen und den Widerstand unseres Volkes gegen eine Welt von Feinden auf diese Weise vernichtet, dann wären jetzt nicht in Petersburg die Bolschewiki am Regiment, sondern der siegreiche Zar. (Lebhafte Zustimmung.) **Und die Bolschewiki wären in Sibirien und in Gefängnissen.**

Die Rechtfertigung unserer Politik liegt einmal darin, daß auch heute noch nicht die Machthaber im Westen bereit sind, uns den Frieden zu geben, der durch das russische Friedensprogramm umgrenzt ist und zum andern darin, daß der wirkliche Verlauf der Weltgeschichte unsere Politik gebilligt hat und zum Verdikt der Unabhängigen geführt hat. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Unabhängigen.)

Die Soldatenlöhnung

Soldatenlöhnung, Urlaub und Rentenerhöhung

behandelte der Hauptausschuß des Reichstages am Freitag. General v. Owen teilt mit, daß beabsichtigt sei, die Löhnung der Soldaten um 33⅓ Prozent, der Unteroffiziere um 20 Prozent zu erhöhen, und zwar vom letzten Drittel des Monats Dezember ab.

General v. Wrisberg gibt die Gründe für die Urlaubssperre bekannt.

Staatssekretär v. Stein spricht über die Erhöhung der Renten. Er werde in der nächsten Zeit mit den in Betracht kommenden Versicherungsträgern verhandeln, um dem im weitesten Maße anzuerkennenden Bedürfnis nach Erhöhung der Renten abzuhelfen und festzustellen, in welcher Weise sich das Reich daran beteiligen könne. Einstweilen müßte in den dringendsten Fällen im Wege der Kriegswohlfahrtspflege geholfen werden.

Abg. Stücklen (Soz.): Es hat lange gedauert, bis man sich zur Erhöhung der Löhnung entschloß. **Wir finden die Erhöhung um 18 resp. 11 ₰ pro Tag nicht genügend, fordern aber unbedingt rückwirkende Kraft bis 1. November. Die Urlaubssperre wurde bitter empfunden. Man soll dafür Sorge tragen, daß mindestens zu Weihnachten verheiratete Leute in größerer Zahl in Urlaub fahren können.** Die Landwirte fahren im Jahre zwei- bis dreimal, die Offiziersburschen sind noch mehr unterwegs. **Es sei einfach unerhört, daß bei manchem Truppenteil Leute sind, die**

seit 18, ja 24 Monaten keinen Urlaub

gehabt haben. Der Kriegsminister hat erklärt, daß der Urlaub nicht als Strafe verweigert werden darf. **Trotzdem geschieht das in zahlreichen Fällen.** Daß die Renten noch nicht erhöht sind, ist sehr bedauerlich. Mit Vertröstungen ist keinem Menschen geholfen. **Die Renten genügen in keiner Weise mehr und die Zahl der Rentner, die absolut nichts verdienen können, ist sehr groß. Vielfach nagen diese Leute direkt am Hungertuch.** Mit der Verweisung auf die Kriegswohlfahrtspflege ist nichts getan, viele Gemeinden können einfach nicht mehr bezahlen. Die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern können mit ihren Renten nicht mehr auskommen. **Die Erhöhung muß sofort erfolgen, nicht erst nach dem Kriege.**

Abg. Rysiel („Unabh.") schließt sich diesen Ausführungen an und fordert die Entlassung nicht mehr brauchbarer Mannschaften.

In der weiteren Debatte bringen die Abgg. Liesching und Gothein eine Reihe von Klagen vor. Insbesondere fordert Abg. Gothein die Erhöhung der Unterstützung der in der Schweiz wohnenden Familien von Kriegsteilnehmern. — Abg. Mumm tritt aus Gründen der Kohlenersparnis für das Verbot der Heizung von Theatern, Kinos und für die Einschränkung der Leichenverbrennung ein.

Abg. Kreth kritisiert die Zusammenpferchung der Soldaten bei Transporten.

Abg. Ebert (Soz.) wendet sich gegen den Staatssekretär v. Stein. Diese Erklärungen können keiner Menschen befriedigen. **Es handle sich um eine Menge Arbeiter, die sich in der bittersten Notlage befinden.** Der Reichstag hat eine Zulage von 33⅓ Prozent für die Renten über 50 Prozent verlangt. **Diese Leute sind meist vollständige Krüppel und befinden sich in der größten Verzweiflung.** Was will eine Ausgabe von etwa 80 Millionen Mark bedeuten? Für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene muß sofort gesorgt werden. Die lange Dauer des Krieges macht es unmöglich, bis zur Beendigung des Krieges zu warten. **Der Zustand darf nicht weiter andauern, daß eine Kriegerfamilie in dem Moment schlechter gestellt wird, in welchem der Mann gefallen ist. Bei Kriegslieferungen verschwendet man die Gelder, hier aber soll gespart werden.**

Staatssekretär v. Stein: Er habe anerkannt, daß diese Frage der Regelung dringend bedarf. Er hoffe, demnächst auf eine befriedigende Lösung, könne aber heute weiter nichts sagen.

Abg. Ebert: Die Auskunft, die der Staatssekretär heute gegeben hat, haben wir schon vor vier Monaten gehört. Die Gemeinden können nicht helfen. Man muß unbedingt verlangen, daß die Renten über 50 Prozent so schnell als möglich erhöht werden.

Staatssekretär v. Stein betont, daß er im Moment eine andere Erklärung nicht abgeben könne.

Rußland

Neue Geheim-Enthüllungen

Ein Dokument, das Branting angeht.

Stockholmer „Politiken", das Organ der schwedischen Unabhängigen, teilt den Wortlaut eines Telegramms des russischen Gesandten in Stockholm an seine Regierung mit. Das Dokument gehört zu den von Trotzki veröffentlichten Geheimakten der provisorischen Regierung. Es beschäftigt sich mit einem Gespräch zwischen dem russischen Gesandten in Stockholm und Branting und hat folgenden Wortlaut:

„Geheimes Telegramm vom 18. August 1917.

Nr. 445.

Branting, der anfangs wegen der Lage erregt war, die durch die Pässeverweigerungen der Alliierten für die Konferenz entstanden war, ist jetzt beruhigt. In einem privaten und streng vertraulichen Gespräch hat er geäußert, daß er mit der Konferenz selber nicht eilen wolle, die er gegenwärtig ungelegen fand. Aber er bittet, daß diese Meldung streng geheim gehalten werden soll; denn eine Veröffentlichung würde ihn in ein ungünstiges Licht gegenüber dem holländisch-skandinavischen Komitee bringen."

Die Stockholmer Konferenz war bekanntlich zum 15. August einberufen. Sie wurde aber auf dringendes Verlangen der französischen Sozialdemokratie auf den 6. September verschoben. Gegen Branting wird nun der Vorwurf erhoben, er habe diesen Aufschub benutzt, um im heimlichen Einvernehmen mit dem russischen Gesandten gegen die Konferenz überhaupt zu arbeiten. **„Politiken" hält es für erwiesen, daß Branting als englischer Regierungsagent gegen Stockholm gearbeitet hat.**

Kopenhagener „Sozialdemokraten" will den Beweis dafür noch nicht als erbracht ansehen. Es spricht die Hoffnung aus, daß Branting in der Lage sein werde, die Beschuldigung zurückzuweisen, die in dem vertraulichen Bericht des russischen Gesandten nach Petersburg enthalten ist, nämlich die, **daß er absichtlich versucht habe, den Zusammentritt der Konferenz zu verzögern, in deren vorbereitendem Komitee er selber Vorsitzender war und zu der er selber die Einladung unterschrieben hatte.**

Der Ententefreund Branting war bekanntlich der Vertrauensmann der deutschen „Unabhängigen"!

Kein Adel und keine Titel

Paris, 27. November. (Telegraphenkompagnie.) Die „Agence Havas" berichtet aus Petersburg: Die Regierung erließ eine Verordnung, **mit der sämtliche Klassenunterschiede, Würden und Titel aufgehoben werden.** Die Liegenschaften des Adels können dem Sowjet, die Güter und Liegenschaften der Kaufleute und Bürger den Gemeindebehörden übergeben werden. In einem zweiten Dekret werden die Revolutionskomitees angewiesen, **alle Spekulanten zu verhaften und den Gerichten zu überweisen.** Durch ein drittes Dekret wird eine fünfzehngliedrige Kommission unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Lunatscharski ins Leben gerufen, die sich mit dem Ausbau des öffentlichen Unterrichtes zu befassen haben wird.

Die Entente gegen die Friedensneigung

Stockholm, 1. Dezember. („K. H. Z.") Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß die Chefs der verbündeten Gesandtschaften, ausgenommen den amerikanischen, folgende Protesterklärungen im russischen Ministerium des Aeußern abgaben:

„Die unterzeichneten Gesandten der Verbündeten in Rußland haben hiermit die Ehre, auf Grund bestimmter Instruktionen zu erklären, **daß sie in energischer Weise bei dem Oberbefehlshaber der Armee gegen den Bruch des Vertrages vom 23. August 1914 durch die russische Armee protestieren, in dem die Alliierten einschließlich Rußlands sich feierlichst verpflichten, weder einzeln Frieden zu schließen, noch einzeln die Operationen einzustellen.** Die Unterzeichneten betrachten es als ihre Schuldigkeit, dem russischen Generalstab die Warnung zuteil werden zu lassen, daß ein Vertragsbruch von russischer Seite sehr ernste Folgen nach sich ziehen würde."

Diese Entrüstung ist nur als Bestätigung des Wertes der russischen Friedenspolitik bedeutungsvoll. Zugleich beweist sie, wessen Interessen die „friedlichen" Feinde des Sonderfriedens fordern und vertreten. Dieser „Sonder"friede entscheidet nicht nur unmittelbar über Dreiviertel der Welt, er entreißt auch die ganze Welt den Klauen der Entente und vernichtet ein für alle Male die englische Weltherrschaft.

Aus der Partei

— **„Unabhängige" Abkommandierung.** Jetzt haben auch die bisher äußerlich noch sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Brandes, Hüttmann und Jäckel den formellen Anschluß an die „Unabhängigen" vollzogen. Die Herren sind durchaus keine neue Eroberung der Haase-Partei. Sie stellten nur den Posten dar, den die „Unabhängigen" aus „strategischen" Gründen in der Sozialdemokratie zurückgelassen hatten, um dort Minierarbeit zu leisten und später „bekehrt" „übertreten" zu können. Der „Uebertritt" überrascht also keinen Kenner der Verhältnisse. Von Bedeutung ist nur, daß die Herren als Zeitpunkt ihrer Demonstration gegen die Einigkeit der Arbeiter ungemein aufklärend gerade die Anbahnung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland wählten! Mit ihnen hat sich auch der bisher wilde — sonst aber „unabhängige" — Reichstagsabgeordnete Dr. August Erdmann den „Unabhängigen" angeschlossen. Sämtliche vier Herren sind von „ihren" Wahlkreisen längst abgelehnt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Für den Weihnachtsbedarf

Schlafröcke
Hausjoppen
Fahrmäntel
Ueberzieher
Anzüge

Pelzmützen
Pelzkragen
Jagdmuffen
Gehpelze
Reisepelze

Wir haben den Verkauf von **Herren-Anzügen** aus Lieferungen der **Reichsbekleidungsstelle** übernommen. Diese Anzüge werden nur gegen Bezugsscheine, die den Vermerk **„Kriegskleider"** tragen abgegeben. 320

Walter & Fleck, Herren-Moden.

Bildungsvereinshaus
Hintergasse 16, an d. Hundegasse

Edison Globus Theater

Das neue grossartige | **Heute Sonnabend** ½9 Uhr | **Morgen Sonntag** 7 Uhr | Dezember-programm

---

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands :: Filiale Danzig

Sonntag den 9. Dezember 1917
feiert der Verband sein

14. Stiftungsfest

im Café **„Bürgergarten"** der Ww. **Steppuhn**, Schidlitz
unter Mitwirkung des
Gesangvereins „Sängergruß".

Zur Aufführung gelangen u. a.:

Theater, Quartette und Chorgesang.
Humoristische Vorträge.

Außerdem Preisschießen, Verwürfelungen.

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Freunde und Gönner des Verbandes sind freundlichst eingeladen.

313 **Der Festausschuß.**

Zu Gunsten des Kriegsliebesdienstes!

Die Feldgrauen für die Feldgrauen!

Der Hias

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten

Ueber **100** Mitwirkende!

Täglich abends 7½ Uhr
Sonntag, den 9. Dezember: **2 Aufführungen** 3½ Uhr und **7** Uhr.

Vorverkauf tägl. (auss. Sonntag) im Zigarrengeschäft **Gebr. Wetzel**, Langgasse 42. Telefon 601.

Telefon-Bestellungen im Wilhelm-Theater nicht möglich!! 318

Freifahrt auf sämtlichen Straßenbahn-Linien gegen Lösung einer Wilhelm-Theater-Fahrkarte.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz

Wilhelm-Theater

Wochenspielplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 10. Dezember, abends 7 Uhr: **„Die bessere Hälfte"** zum 1. Male, Schwank von Arnold und Bach.

Dienstag, 11. Dezember, abends 7 Uhr: **„Die Jüdin".**

Mittwoch, 12. Dezember, abends 7 Uhr: **„Das Haus am Meer".**

Donnerstag, 13. Dezember, abends 7 Uhr: **„Die bessere Hälfte".**

Freitag, 14. Dezember: **„Mignon".**

Sonnabend, 15. Dezember, abends 7 Uhr: **„Der Strom"** von Max Halbe.

Sonntag, 16. November, nachm. 3 Uhr: **„Die berühmte Frau".** Abends 7 Uhr: **„Undine".**

Feierstunden

für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände.
3. Abend Donnerstag, 13. Dez. 1917, abds. 7 Uhr
im Gewerbehause, Heil. Geistgasse 82.

1. **Kriegsbericht** des Landsturm-Gefreiten **Rose.**
2. Herr Kuratus **Bialk** spricht über: Wie erhalten wir uns gesund? Mit Lichtbildern.
3. Einzel- und Chorgesänge. (Frl. **Paske** und Cäcilienchor der St. Franziskuskirche. (Leiter: Herr Lehrer **Krebs.**)

Gemeinsamer Gesang.

Eintrittsgeld 10 Pfennig.

Nationaler Frauendienst Danzig.

Achtung! Kriegerfrauen der Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Danzig.

Wie in den Vorjahren, zahlt auch in diesem Jahre unser Verband eine

Weihnachtsunterstützung

an die Frau des Kriegsteilnehmers, deren Mann mindestens 52 Wochen dem Verbande angehört.

Die Auszahlung der Unterstützung findet statt **vom 15. bis 31. Dezember von vormittags 10—12 Uhr** in unserm Büro **IV. Damm 7, I.**

316 **Die Ortsverwaltung.**

Deutungs Fremdwörter und politische Schlagwörter
verdeutscht und herausgegeben von **Adolf Braun**
Preis 30 P.
Ein Taschenbuch, das jeder Zeitungsleser stets bei sich tragen sollte.

Buchhdlg. Volkswacht
Paradiesgasse 32

Der Danziger Mieterverein

arbeitet erfolgreich gegen die Verteuerung der Wohnung

Mitbürger! Helft uns dabei!

Werdet Mitglieder des Danziger Mietervereins

Anmeldungen: **Danzig**, Hansaplatz 2 b. IV, oder **Langfuhr**, Petschowstraße 12. Tel. 1930.

Jährlicher Mindestbeitrag ℳ 2,40. Postscheckkonto: **Danzig 53**

314 **Der Vorstand**

Deutscher Monistenbund, Ortsgruppe Danzig.

Dienstag, 11. Dez., abends 8 Uhr, Gesellschaftshaus, Heiligegeistgasse

Wissenschaftlicher Vortrag Taesler

„Was bleibt unserer Zeit von der Religion?" Mit Diskussion

Jedermann eingeladen! Zur Unkostendeckung: **Eintritt Mk. 1.–**
Vorverkauf 80 Pfennig in Buchhandlung Volkwacht, Paradiesgasse

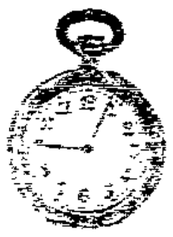
---

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 25 b Danzig Holzmarkt 23

Manufaktur- u. Modewaren
Damen- und Herren-Konfektion
Wäsche-Ausstattungen

358



C. Bungenstock

Uhrmachermeister 307

Heiligegeistgasse Nr. 123

empfiehlt sein grosses Lager in

Wand- und Taschenuhren

Ketten, Armbändern, Ringen, Broschen, Ohrringen usw. in Gold, Silber und Doublee.

Preise billigst. **Trauringe.** Preise billigst.

Eigene Reparatur-Werkstätte im Hause.

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** of ri

Julius Gosda,

Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik

Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 24